

4

Bonn, Montag 14. März 1966

Sprecher: Adenauer, Adorno, Amrehn, Barzel, Blank, Blumenfeld, Dittmar, Dufhues, Erhard, Glup, Gradl, Grundmann, Gurk, von Hassel, Heck, Hellwig, von Heydebreck, Katzer, Klepsch, Kohl, [Krone], Lemke, Noltenius, Russe, Schmidt, Schmitz, Schmücker, Schröder, Seebohm, Stingl, Stoltenberg, Struve.

Vorbereitung des Bundesparteitags. Wahl von fünf Mitgliedern, die durch den Bundesvorstand in den Fernsehrat der Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen zu entsenden sind. Verschiedenes.

Beginn: 14.00 Uhr

Ende 19.10 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Entschuldigt haben sich die Herren Gerstenmaier, Scheufelen, Lücke, Bauknecht, Martin¹, Süsterhenn, Meyers, Fricke und Altmeier.

Die Sitzung beginnt zu etwas ungewöhnlicher Zeit. Das liegt daran, daß die Kommission,² die mit der Ausarbeitung von Vorschlägen beauftragt war, heute noch einmal zu einer Sitzung zusammentreten mußte.

Wenn ich recht unterrichtet bin, wollen Sie, Herr Grundmann, etwas wegen der Beamten sagen. (*Grundmann:* Nein, ich habe mit Herrn Dufhues heute morgen gesprochen. Herr Dufhues wollte mit Ihnen darüber sprechen.) Dann darf ich Herrn Dufhues bitten, uns über das Ergebnis zu referieren.

VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGS

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Das Thema der Unterhaltung, das Herr Grundmann angedeutet hat, hatte zum Gegenstand die Zusammensetzung dieses Kreises. Wir müssen Wert darauf legen, daß an den Abstimmungen über Empfehlungen an den Bundesparteitag, und zwar nicht zuletzt angesichts der Bedeutung dieser Empfehlungen, nur Personen teilnehmen, die stimmberechtigte Mitglieder dieses Vorstands sind. Wir legen auch großen Wert darauf, um ein klares Bild zu haben über die Kräfteverhältnisse und die Abstimmungsergebnisse, die den Empfehlungen an den Bundesparteitag zugrunde liegen.

Nun darf ich Ihnen berichten über die Beratungen der Kommission, die der Bundesvorstand in seiner letzten Sitzung eingesetzt hat und deren Zusammensetzung Ihnen bekannt ist. Diese Kommission war keineswegs repräsentativ für die Zusammensetzung

1 Dr. Berthold Martin (1913–1973), Arzt; 1954–1957 MdL Hessen (CDU), 1957–1973 MdB.

2 Mitglieder der Kommission unter Vorsitz von Dufhues waren Russe, Kohl, Stoltenberg, Grundmann, Adorno und Brauksiepe. Vgl. Nr. 3 S. 99 f.

des Bundesvorstands oder des Bundesparteitag. Daraus haben wir die einzig mögliche Konsequenz gezogen, daß die Kommission nicht berechtigt sein sollte abzustimmen, um nun Abstimmungsergebnisse über die Beratungen der Kommission Ihnen mitzuteilen, sondern es werden alle Vorschläge unterbreitet, die im Rahmen dieser Kommission erörtert wurden und bis zuletzt aufrechterhalten worden sind.

Ich darf allen Mitgliedern der Kommission für ihre Mitarbeit danken. Die Beratungen sind wirklich in sachlicher und harmonischer Weise durchgeführt worden. Ich glaube, daß sie eine geeignete Grundlage für die Beratungen sind, zu denen sich der Bundesvorstand hier zusammengefunden hat. Wenn ich eines vorwegnehmen darf, was nicht Gegenstand der Beratungen war, weil es für uns eine Selbstverständlichkeit ist, dann die Tatsache, daß wir alle gemeinsam, auch hier in diesem Gremium, den Wunsch haben, Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer auf dem nächsten Parteitag zu bitten, die Stelle des Ehrenvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands anzunehmen. (*Lebhafter Beifall.*) Wir alle wissen, wie sehr die Entwicklung der Christlich-Demokratischen Union gerade mit Ihrem Namen und Ihrem Wirken, Herr Bundeskanzler, verbunden ist. Wir würden es als eine Auszeichnung auch der Partei empfinden, als Ausdruck jener Anhänglichkeit und Verbundenheit, die zu allen Zeiten Ihr Wirken im Verhältnis zur CDU ausgezeichnet hat, wenn Sie dieser Bitte entsprächen.

Nun zu den eigentlichen Themen der Beratungen der Kommission! Sie wissen, daß die Kommission den Auftrag erhalten hatte, einige Fragen zu beraten und weiterzuentwickeln, die in der letzten Sitzung des Bundesvorstands offengeblieben sind. Dazu gehörte zunächst die Frage, wie groß der Kreis der Stellvertretenden Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union sein sollte. Wir waren uns einig darüber, daß wir Herrn Erhard bitten sollten, den Vorsitz der Partei zu übernehmen. Wir waren uns weiter darin einig, daß unsere Bitte an Herrn Barzel dahin ging, das Amt des 1. Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU zu übernehmen. In der Diskussion tauchte die Frage auf, ob ein weiteres stellvertretendes Mitglied bestellt werden sollte.

Wenn wir rein entsprechend dem Wortlaut der Beratungsergebnisse verfahren wären, dann hätte lediglich diese eine Frage Gegenstand unserer Beratungen sein müssen. Sie werden in meinem späteren Bericht feststellen, daß die Kommission zu einem Ergebnis gekommen ist, das von diesem so begrenzten Auftrag abweicht.

Die Kommission schlägt vor – ich komme darauf im einzelnen noch zurück –, neben dem Vorsitzenden und dem 1. Stellvertretenden Vorsitzenden zwei weitere einander gleichberechtigte Stellvertreter zu wählen.

Mit dieser Frage hat sich die Kommission zunächst befaßt. Sie hatte dann weiter zu beraten die Zahl und die Zusammensetzung der weiteren Mitglieder des Präsidiums. Schließlich haben wir uns sehr eingehend mit der Frage befaßt, ob die CDU auf dem Bundesparteitag die Einrichtung eines Generalsekretärs schaffen sollte oder ob eine ähnliche Lösung zu finden sei.

Ich habe Ihnen bereits kurz angedeutet, welches Ergebnis die Beratungen der Kommission darüber hatten, wer stellvertretendes Mitglied des Präsidiums werden sollte. Wir haben uns dabei von der Auffassung leiten lassen, daß die Christlich-Demokrati-

sche Union gut beraten ist, wenn Persönlichkeiten wie Herr von Hassel, der seit Jahren in der Führung der CDU mitgewirkt hat und ein weites Gebiet der CDU repräsentiert, auch weiterhin ihre Funktion erhalten sollen, die repräsentativ jedenfalls stark ins Gewicht fällt.

Wir haben dabei auch berücksichtigt, daß die Christlich-Demokratische Union gut beraten ist, wenn die große Zahl der christlichen Arbeitnehmer, die bei allen Wahlen, auch bei der letzten Wahl, uns ihr Vertrauen geschenkt haben, in der Spitze des Präsidiums angemessen berücksichtigt wird. Aufgrund dieser Überlegungen sind wir zu dem Ergebnis gekommen, Ihnen folgenden Vorschlag zur Beratung zu unterbreiten: Vorsitzender, Bundeskanzler Professor Dr. Erhard; 1. Stellvertretender Vorsitzender, Dr. Rainer Barzel; in alphabetischer Reihenfolge als Repräsentanz der christlichen Arbeitnehmerschaft entweder unseren Parteifreund Theodor Blank oder unseren Parteifreund Paul Lücke. Es wird Aufgabe dieses Gremiums sein, sich darüber schlüssig zu werden, welcher Vorschlag dem Bundesparteitag zur Entscheidung vorgetragen werden soll. Als weiteres gleichberechtigtes Mitglied in der Spitze des Präsidiums wird Herr von Hassel vorgeschlagen.

Der zweite Themenkreis, der uns beschäftigt hat, war die Zahl und die Zusammensetzung des Präsidiums, soweit es sich um die weiteren Mitglieder handelt, wie es die Satzung formuliert. Es wurden sehr gewichtige Stimmen laut, die zum Ausdruck brachten, daß ein arbeitsfähiges Gremiums nur dann gegeben sei, wenn die Zahl aller Mitglieder des Präsidiums relativ klein gehalten werde. Auf der anderen Seite waren es insbesondere Herr Bundespartei-Vorsitzender Dr. Adenauer, aber auch andere Freunde, die betonten, daß dieses Präsidium in etwa eine Verzahnung bilden müsse zwischen den Kräften der Bundespartei und den Kräften der Landesverbände, so daß man das Präsidium in die Lage versetzen müsse, sich über die Hinzuwahl von Landesvorsitzenden oder von Kräften aus den Landesverbänden zu verstärken und damit die Verzahnung und die Wichtigkeit des Präsidiums zu verbessern.

Hierzu hat der Landesverband Hamburg in den letzten Tagen vorgeschlagen, daß im Präsidium jeweils die Landesverbände des Nordens, Nordrhein-Westfalens und des Südwestens vertreten sein sollten. Dabei schwebt dem Landesverband Hamburg vor, daß innerhalb dieser drei Gruppen jeweils die Vertretung wechseln sollte, daß z. B. aus dem Norden im Wechsel von zwei Jahren ein Vertreter aus Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen dem Präsidium angehören sollte. Mit dieser Anregung hat sich die Kommission befaßt. Sie ist zu dem Ergebnis gekommen, daß ein derartiger Vorschlag nicht zu empfehlen sei. Nur wenige verkennen, daß dem Vorschlag das berechtigte Bestreben zugrunde liegt, zu einer stärkeren Verbindung zwischen Bundespartei und ihren Einrichtungen auf der einen Seite und den Landesverbänden und deren Einrichtungen auf der anderen Seite zu kommen.

Es scheint nicht zweckmäßig zu sein, einen derartigen Wechsel in der Zusammensetzung des Präsidiums bereits in der Satzung festzulegen und damit organisatorisch zu zementieren. Es kommt sehr darauf an, daß dieses Präsidium sich zu einem arbeitsfähigen Gremium entwickelt, und diese Arbeitsfähigkeit würde nach der Auffassung der

Kommission doch sehr leiden, wenn ein zu starker Wechsel, eine zu schnelle Fluktuation in der Zusammensetzung des Präsidiums einträte. Die Wahl der Angehörigen des Präsidiums sollte jeweils unter dem Gesichtspunkt der Eignung durch den Parteitag erfolgen, aber einen schematischen Wechsel durchzuführen und gar in der Satzung zu verankern, das schien nicht der Weisheit letzter Schluß zu sein.

Ich bitte meinen Freund Blumenfeld um Verständnis für diese Kritik an einem Vorschlag, der aus Hamburg gekommen ist. Wir standen vor der Frage, ob wir den Tendenzen nachgehen sollten, die auf eine Ausweitung des Präsidiums hinielen, oder ob wir es in etwa bei der bisherigen Zahl von sieben Mitgliedern belassen sollten. Die in diesem Zusammenhang sehr eingehend und sorgfältig geführten Beratungen haben dazu geführt, daß wir Ihnen vorschlagen, neben der bereits erwähnten Spitze 1 + 1 + 2 acht weitere Mitglieder in das Präsidium zu wählen. Wir glauben, daß in der Zusammensetzung von insgesamt zwölf Personen die Grenze der Arbeitsfähigkeit eines Spitzengremiums der Partei erreicht ist. Bei der Zahl dieser weiteren Mitglieder bitte ich zu berücksichtigen, daß die Vorschläge der Kommission vorsehen, daß Parteifreunde wie der Bundesschatzmeister, insbesondere der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, und der Bundesgeschäftsführer kraft Amtes dem Präsidium angehören sollen. Im Augenblick deckt sich z. B. diese Regelung beim Fraktionsvorsitzenden damit, daß Herr Barzel kraft Wahl durch den Bundestag 1. Stellvertretender Vorsitzender der Partei ist; aber selbst wenn er dieses Amt einmal nicht mehr bekleiden sollte, wenn Änderungen eintreten sollten, legen wir jedenfalls Wert darauf, daß der Vorsitzende der Bundestagsfraktion kraft Amtes Mitglied des Präsidiums ist. Entsprechendes gilt nach der Auffassung der Kommission auch für den Bundesschatzmeister und den Bundesgeschäftsführer. (*Lebhafte Unruhe.*) Das bitte ich zu berücksichtigen, wenn Sie an die Zahl und die Zusammensetzung des Präsidiums denken, das damit bereits eine Stärke von 15 Personen erreicht hat. Selbst wenn Sie einkalkulieren, daß wir nach allen Erfahrungen nicht mit der ständigen Präsenz aller Mitglieder rechnen können, ist die Stärke des Präsidiums doch so, daß wir an der Grenze der Leistungsfähigkeit und der Arbeitsfähigkeit angelangt sind. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Bedenken Sie doch, daß Sie die Elite der Partei sind und deshalb den Vortrag mit Ruhe und Stille anhören sollten!

Dufhues: Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Bundeskanzler! Auf die personelle Zusammensetzung will ich insoweit später eingehen und mich jetzt der Frage widmen, welches Ergebnis die Überlegungen gehabt haben, die die Einrichtung eines Generalsekretärs oder die Schaffung einer Stelle eines Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes zum Gegenstand hatten.

Wir haben uns klargemacht, daß der Bundestag uns vor allem eine Frage vorlegen wird, welches Mitglied dieses Präsidiums nun die harte Tagesarbeit leistet, die mit der verantwortlichen Leitung einer Partei nun einmal verbunden ist. Wir alle wissen, in welchem Maße ein Bundeskanzler durch die politischen Aufgaben in Anspruch genommen ist, die ihm kraft seines Amtes auferlegt sind. Wir wissen auch, welches hohe Maß

von Verantwortung eine Persönlichkeit wie der Vorsitzende der Bundestagsfraktion hat. Wir wissen auch um die Belastung, die mit Ministerämtern verbunden ist.

Deshalb glaubten wir, grundsätzlich ja sagen zu sollen zu der Schaffung einer Einrichtung, die eine positive Antwort auf die Frage gibt, die ich einfach und schlicht formuliert habe: Wer leistet nun die harte Tagesarbeit, die innerhalb eines Präsidiums vorbereitend und durchführend zu leisten ist?

Wir sind weiter davon ausgegangen, daß durch den Wandel aller Dinge, die wir in der Organisation der CDU erlebt haben und die in den dauernden statutarischen Veränderungen unserer Satzung ihren Niederschlag gefunden haben, die Bundesgeschäftsstelle sich jedenfalls im allgemeinen bewährt hat, und zwar auch unter der Leitung oder Einrichtung eines Bundesgeschäftsführers. (*Beifall.*) Die Christlich-Demokratische Union wäre nicht gut beraten, wenn sie das, was sich bewährt hat, aufheben, ändern oder wesentlich korrigieren würde. Weil die Einrichtung eines Generalsekretärs, jedenfalls nach dem Schema der romanischen Länder, besonders weitgehend eingreift in die Kompetenzen des Bundesgeschäftsführers und der Bundesgeschäftsstelle, schien es uns bereits unter diesem Aspekt nicht sinnvoll und nicht zweckmäßig zu sein, eine Einrichtung zu schaffen, wie sie bei den romanischen Ländern, auch bei der ÖVP, der uns befreundeten Partei in Österreich, in der Einrichtung des Generalsekretärs besteht.

Worauf es uns ankommt für die Organisation der Führungsspitze unserer Partei, ist die Aktivierung des Präsidiums, die Aktivierung der politischen Verantwortung, die denen auferlegt ist, die sich bereit gefunden haben, Mitglied des Präsidiums, an welcher Stelle auch immer, zu werden. Deshalb glaubten wir, daß durch die Einrichtung eines Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes, das vom Bundesparteitag als Mitglied des Präsidiums zu wählen ist, den Bedürfnissen und Erfordernissen Rechnung getragen wird, die allgemein in der Partei diskutiert werden und die in den Wunsch münden, daß einer entscheidend für die laufende Tagesarbeit des Präsidiums verantwortlich sein muß.

Wir schlagen Ihnen also vor, die Satzung dahingehend zu ändern, daß durch den Bundesparteitag ein Mitglied aus dem Präsidium zum Geschäftsführenden Präsidialmitglied gewählt wird. Dieses Mitglied kann dem Kreis der Stellvertreter des Vorsitzenden ebenso angehören wie dem Kreis der weiteren Mitglieder. Insoweit sollten wir uns keine Beschränkungen auferlegen und die Möglichkeiten in der Zukunft offenhalten. Die Aufgaben dieses Geschäftsführenden Mitgliedes des Präsidiums sind in den Vorschlägen, die Ihnen vorliegen, so formuliert worden, daß das Geschäftsführende Mitglied des Präsidiums die Geschäfte der Partei zu führen hat. Das erinnert an die Formulierung, unter der ich tätig gewesen bin.

Im übrigen bin ich der Meinung, daß nicht die Feinheit der statutarischen Formulierung den Arbeitsbereich und die Wirkungsmöglichkeit eines Geschäftsführenden Mitgliedes des Präsidiums bestimmen, sondern die Möglichkeit und der Wille der Beteiligten zu guter Zusammenarbeit. Meine verehrten Freunde! Lassen Sie mich nun zu den Personalfragen kommen. Hier will ich vorwegnehmen – deshalb habe ich die Personalfragen für die weiteren Mitglieder zunächst zurückgestellt –, daß wir in der Kommission lange beraten haben und daß ich vielfache Verhandlungen geführt habe, um die

Personalfrage hinsichtlich des Generalsekretärs oder des Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes zu klären. Ich kann Ihnen dankbar mitteilen, daß Herr Bundesminister Bruno Heck³ bereit ist, die Aufgaben und das Amt des Geschäftsführenden Mitgliedes des Präsidiums zu übernehmen. Naturgemäß legt er Wert darauf, daß ihm mit der Übertragung dieses Amtes politische Wirkungsmöglichkeiten gegeben werden, die der Verantwortung entsprechen, welche mit der Übernahme des Amtes und vielleicht auch mit dem Verzicht auf die eine oder andere jetzige Tätigkeit verbunden sind.

Allerdings knüpft die Kommission – das war Gegenstand der Beratungen, die ich heute nach der Besprechung mit unserem Freund Heck hatte – an diesen Vorschlag die Voraussetzung, daß Herr Heck ebenfalls innerhalb einer Zeit, über die man sprechen muß, das Amt eines Bundesministers zur Verfügung stellt, um sich der Aufgabe zu widmen, die mit dem Amt eines Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes verbunden ist. Wir glauben, daß unter dieser Voraussetzung Herr Heck diese Aufgabe übernimmt, und wir sind ihm alle sehr dankbar dafür.

Nun zu den Personalien hinsichtlich der weiteren jetzt noch sieben Mitglieder, die durch den Bundesparteitag zu wählen sind. Ich will Ihnen zunächst die Namen der Parteifreunde nennen, die in diesem Zusammenhang genannt worden sind aus der Partei, aus den Verbänden usw., jedenfalls auch von Stellen, die durchaus nicht legitimiert dafür sind. Es sind uns folgende Parteifreunde genannt worden – ich bitte Sie, diese Liste eventuell zu ergänzen, falls weitere Vorschläge zu machen sind: 1. Amrehn, 2. Brauksiepe, 3. Blumenfeld, 4. Blank, 5. Dufhues, 6. Gerstenmaier, 7. Katzer, 8. Kiesinger, 9. Kliesing⁴, 10. Kohl, 11. Krone, 12. Schröder, 13. Schmücker⁵, 14. Stingl, 15. Stoltenberg. Nun bleibt mir die Aufgabe, Ihnen mitzuteilen, welchen Vorschlag wir Ihnen zu machen haben. Vor wenigen Stunden war ich als Sprecher der Kommission noch in der Lage, Ihnen den Vorschlag für sieben Personen zu machen. Leider hat sich in der letzten Stunde herausgestellt, daß wir dieses Maß von Einigkeit doch nicht erzielen konnten. Ich habe Ihnen auftragsgemäß acht weitere Personen zu nennen. Da nur sieben Plätze frei sind, haben Sie das Vergnügen, eine Entscheidung zu treffen. Die Kommission schlägt Ihnen zunächst die ersten vier als weitere Mitglieder vor: Frau Brauksiepe, dann Herrn Blank oder Herrn Lücke, je nachdem, wer als Stellvertreter gewählt wird,

3 Dr. Bruno Heck (1917–1989), Lehrer; 1950–1952 Regierungsrat im Kultusministerium Württemberg-Hohenzollern, 1952–1958 Bundesgeschäftsführer der CDU, 1957–1976 MdB, 1962–1968 Bundesminister für Familie und Jugend, 1967–1971 Generalsekretär der CDU, 1968–1989 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Vgl. LEXIKON S. 264 f.

4 Dr. Georg Kliesing (1911–1992), Lehrer; 1953–1976 MdB (CDU), 1958–1977 Mitglied des Europarats und der Versammlung der Westeuropäischen Union, 1962–1966 Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der WEU, 1963/64 Präsident der NATO-Parlamentarierkonferenz. Vgl. Horst FERDINAND: Georg Kliesing, in: Franz-Josef HEYEN (Hg.): Rheinische Lebensbilder (14). Köln 1994 S. 293–310.

5 Kurt Schmücker (1919–1996), Journalist; 1948–1954 Landesvorsitzender der JU Oldenburg, 1949–1972 MdB (CDU), 1963–1966 Bundesminister für Wirtschaft, 8. November bis 1. Dezember 1966 auch Bundesminister der Finanzen, 1968–1971 Bundesschatzmeister. Vgl. LEXIKON S. 358.

Dufhues, Gerstenmaier, Kiesinger, Kohl, Krone, Schröder. Damit kann ich meinen Bericht abschließen; es sei denn, daß gewünscht wird, daß ich die Ihnen vorliegenden Statutenänderung noch darlege und erläutere. Diese Statutenänderungen enthalten im wesentlichen die Gesichtspunkte, die ich versucht habe, in meinem Beitrag zu formulieren. Falls dazu Fragen zu stellen sind, stehe ich zur Verfügung.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir alle danken Herrn Dufhues und seiner Kommission für die mühsame Arbeit, die sie hinter sich gebracht haben. Sie haben jetzt die Aufgabe, ja und Amen oder nein zu sagen. Ich möchte Ihnen vorschlagen, zunächst zu diskutieren, ohne dabei Namen zu nennen. Die Namen sollten wir besonders diskutieren, damit nicht alles durcheinander geht. Die Kommission hat vorgeschlagen einen Vorsitzenden, einen Stellvertretenden Vorsitzenden + Stellvertretenden Vorsitzenden, wobei – ich habe aufmerksam darauf geachtet – nach Ansicht der Kommission unter den Stellvertretern ein gewisser Unterschied gemacht worden ist; denn es wurde gesagt: 1 + 1 + 2. (*Kohl:* Einen 1. Stellvertreter!) Jawohl, das hat er gesagt: 1 + 1 + 2.

Damit kommen wir zu der Verstärkung des Präsidiums, zu sieben, und zu der Frage des Generalsekretärs oder, wie die Kommission vorgeschlagen hat, zu dem Geschäftsführenden Mitglied des Präsidiums.

Ich möchte vorschlagen, daß Sie diese letzte Frage zunächst diskutieren, weil sich die anderen Fragen, nämlich sieben oder acht, eventuell danach richten. Wenn Sie einverstanden sind, bitte ich Sie, sich zuerst über den Vorschlag zu äußern: 1 + 1 + 2, dann über die Frage des Generalsekretärs oder des Geschäftsführenden Mitgliedes des Präsidiums, dann über die Frage des Präsidiums. Sind Sie mit dieser Diskussion einverstanden? – Das scheint der Fall zu sein. – Das Wort hat Herr Schmitz. (Mittelstandsvertreter)

Schmitz: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Einer muß ja anfangen. Ich weiß, daß es recht schwierig ist, einen Vorschlag, der von so hervorragenden Männern der Partei erarbeitet worden ist, mit einem kritischen Wort zu versehen. Ich habe seit der letzten Bundesvorstandssitzung im „Königshof“ jeden Abend mit Ausnahme des Sonntags eine Versammlung gehabt. Wir haben am Schluß jeder Versammlung über die Parteispitze gesprochen. Nun gebe ich Ihnen das wieder, was insgesamt unser Parteivolk mir mit auf den Weg gegeben hat. Sie haben gesagt: Eine Parteispitze mit Professor Erhard und Dr. Barzel. Das ist der Beschluß der Weisen. Den akzeptieren wir. Darüber hinaus aber Stellvertreter möchten wir nicht haben. Wir möchten die beiden Herren verantwortlich an der Spitze der Partei sehen und auch die ganze Verantwortung auf diese beiden Herren übertragen, ihnen aber zur Seite ein beratendes Präsidium stellen.

Wenn es aber im Bundesvorstand nicht zu erreichen sei, daß die Meinung geändert werden könne, daß noch mehr Stellvertreter gewählt werden, dann müsse aus Gründen der Parteioptik und aus Anstand gegenüber Herrn Dufhues dieser einer der Stellvertreter werden. Herr Dufhues, ich gebe nur das wieder, was das Parteivolk, auf das wir ja alle angewiesen sind, mir gesagt hat. Ich bin der Meinung, einen derartigen Vorschlag,

der aus einer solchen Fülle von Versammlungen herausgekommen ist, müßte man respektieren.

Ich darf also, Herr Bundesparteivorsitzender, entgegen Ihrem Wunsch, keinen Namen zu nennen, hier eine Ausnahme machen und sagen, wenn Stellvertreter des Stellvertreters und des Bundesparteivorsitzenden gewählt werden, dann müßte Herr Dufhues einer derjenigen sein, die dazugehören.

Adenauer: Das Wort hat Herr Dufhues.

Dufhues: Ich möchte die Situation erleichtern und Sie herzlich bitten, von diesem Vorschlag oder ähnlichen Vorschlägen abzusehen. Sie kennen meine Entscheidung. Ich möchte jetzt nicht, daß diese Entscheidung, die ich sorgfältig geprüft und erwogen habe, irgendwie unglaublich dadurch wird, daß ich eine Funktion übernehme, die dann vielleicht doch nicht mehr überzeugend ist, warum ich nicht dem Votum so vieler Freunde gefolgt bin, die an mich herangetreten sind. Ich bin bereit, als einfaches Mitglied des Präsidiums meine Pflicht zu tun und hart mitzuarbeiten, aber bitte, lassen Sie es bei dieser Regelung bewenden, die allein überzeugend und glaubwürdig ist, auch von meiner Person und vom Standpunkt der Freunde her, die mich dabei beraten haben.

Adenauer: Weitere Wortmeldungen? Zu dem ganzen Komplex 1 + 1 + 2 war der Gegenantrag 1:1:1. (*Schmitz:* Wenn Herr Dufhues aus den genannten Gründen den Vorschlag nicht akzeptieren kann, dann nur den Bundesparteivorsitzenden und seinen Stellvertreter!) Das ist ein etwas anderer Vorschlag, über den wir uns schlüssig werden müssen. Das ist der Vorschlag, einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter des Vorsitzenden einzusetzen und sonst niemanden mit der Vertretung zu betrauen. So verstehe ich Sie doch wohl richtig? (*Schmitz:* Jawohl!) Das Wort hat Herr Dr. Noltenius⁶.

Noltenius: Meine Damen und Herren! Ich sehe einmal von der Optik ab, die der Vordner erwähnt hat, und stelle die Frage, ob es praktisch ist, denn an den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter treten ja auch immer Pflichten und Repräsentationsaufgaben heran. Ist es nicht für diese lästigen, aber notwendigen Aufgaben praktischer, daß wir mehrere Stellvertreter haben? Ich glaube, daß das Überlegungen sind, die die Kommission bewogen hat, über das hinauszugehen, was neulich im „Königshof“ die letzte Meinung des Bundesvorstands war, nämlich die Zahl der Stellvertreter nicht zu erhöhen.

Ich meine, daß wir diese praktische Überlegung doch anstellen sollten. Wir sollten also nicht dem verständlichen Wunsch, möglichst eine kleine Spitze zu haben, Rechnung tragen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Gurk.

Gurk: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe Verständnis für das, was gesagt worden ist. Wir haben auch im Lande draußen Besprechungen gehabt, auf die ich jetzt nicht näher eingehen will, aber es wird hier immer gegenteilige Meinungen geben. Ich meine, wir sollten der Kommission folgen und vorsehen 1 + 1 + 2. Das wä-

⁶ Dr. Jules Eberhard Noltenius (1908–1976), Syndikus; 1954–1969 Vorsitzender des LV Bremen, 1955–1959 Senator für Häfen, Schifffahrt, Verkehr, 1954–1967 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft (CDU).

ren drei Stellvertreter. Das wäre auch für den Vorsitzenden und die Stellvertreter eine Erleichterung.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Viel ist ja nicht darüber zu sagen. Man muß abstimmen. Ich stelle fest, daß das Wort nicht mehr gewünscht wird und daß wir zur Abstimmung über diesen Punkt kommen können. Wir stimmen zunächst über Ihren Änderungsvorschlag ab. Ich bitte diejenigen ... (*Barzel:* Zur Geschäftsordnung!) – Bitte sehr!

Barzel: Herr Bundeskanzler! Obwohl es mich betrifft, bitte ich um das Wort zur Geschäftsordnung aus folgendem Grund: Wenn wir in diesem großen Kreis abstimmen, dann wird natürlich nachher der eine oder andere von Journalisten gefragt. Dann wird bekannt, daß dieser Antrag abgelehnt ist. Dieses zusammen mit dem ganzen Tableau wird dann in der Presse in der Welt in der Weise berichtet, die uns allen unerwünscht ist. Ich würde deshalb von mir aus den Kollegen Schmitz bitten, seinen Antrag zurückzuziehen. Ich glaube, daß es sehr vernünftig ist, daß die Kommission einen weiteren Stellvertretenden Vorsitzenden vorschlägt, um den Kreis der Christlichen Arbeitnehmerschaft sichtbar hervorzuheben.

Der Antrag war ohnehin kritisch. Es geht jetzt nur um dieses Abweichen von dem, was der Vorstand das letzte Mal wollte. Es ist besser, jetzt nicht abzustimmen, und ich möchte warnen vor den Reaktionen in der Presse, die dann sicherlich kommen werden.

Adenauer: Bitte, Herr Schmitz!

Schmitz: Ich zolle meinen ersten Respekt dem Stellvertretenden Bundesparteivorsitzenden. Ich teile allerdings seine Meinung nicht und habe gar keine Angst vor Pressereaktionen, aber ich ziehe meinen Antrag zurück aus Respekt vor Ihrem neuen Amt, Herr Dr. Barzel!

Adenauer: Meine Damen und Herren! Dann kämen wir also zur Abstimmung über 1 + 1 + 2.

Ich bitte diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. – Ich stelle die Einstimmigkeit fest. (*Von Hassel:* Eine Enthaltung!) Seien Sie nicht so zimperlich! (*Heiterkeit.*) Meine Damen und Herren! Dann möchte ich Ihnen vorschlagen, daß wir zu der Frage des Generalsekretärs, so will ich ihn einmal ganz allgemein nennen, Stellung nehmen. Dann werden wir mit der Frage des Präsidiums leichter vorwärtskommen. Ich bitte diejenigen, die sich zu der Frage des Generalsekretärs äußern wollen, das jetzt zu tun. – Bitte, Herr Klepsch!

Klepsch: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! An und für sich kam ich hierher mit der Absicht, gegen die Vorschläge der Kommission vorzugehen, bis ich sie in den Händen hatte. Bei sorgfältiger Lektüre habe ich dann doch feststellen dürfen, daß es der Kommission offensichtlich heute vormittag gelungen ist, das, was in Presseverlautbarungen vorher ein bißchen Verwirrung gestiftet hat, zu bereinigen.

Ich hänge nicht an der Bezeichnung „Generalsekretär“, sondern die hier formulierte Aufgabenstellung für das Geschäftsführende Mitglied des Präsidiums, das die Geschäfte der Partei führt, scheint mir ausreichend zu sein. Ich darf aber doch an dieser Stelle etwas sagen, was ich in vielen Versammlungen, aber auch in vielen Vorstandssitzungen

und ähnlichen Gremien zu hören bekommen habe, daß nämlich unsere Mitgliedschaft erwartet, nachdem wir uns für eine politisch repräsentative, die politische Willenseinheit der Partei darstellende Führungsspitze entschieden habe, daß jemand da sein muß, der Ihre Funktion, Herr Dufhues, übernimmt. Deshalb bin ich etwas zufriedengestellt worden durch die heutige Formulierung.

Das Zweite, wogegen ich Bedenken erheben wollte, ist auch etwas ausgeräumt worden. Ich halte die Zahl von zwölf Mitgliedern für etwas zu hoch gegriffen, zumal es ja noch mehr sein sollen. Das meinen auch viele andere. Aber dessenungeachtet glaube ich, daß es der Kommission gelungen ist, eine sehr gute Form zu finden. In dem Antrag steht „bis zu acht weiteren Mitgliedern des Präsidiums“, so daß wir vor der Frage stehen, ob wir dieses Mal die Zahl wählen und sie in Zukunft vielleicht reduzieren. (*Adenauer*: Das erwartet niemand von Ihnen. – *Heiterkeit*.) Ich sage ja nur meine Bedenken, ich will ja nicht sagen, daß ich mit der Zahl zwölf einverstanden bin. Wenn ich für die Junge Union Deutschlands spreche, kann ich mich an dieser Formel etwas aufranken. (*Unruhe und Bewegung*.) Das Letzte, was ich sagen möchte, ist, daß ich eine gute Formel entdeckt habe, daß nämlich die Mitglieder des Bundesvorstands sich nicht vertreten lassen können (§ 25⁷).

Diese Neuerung scheint mir durchaus sinnvoll zu sein, damit nicht ein zufälliges Gremium zu den entscheidenden Beschlüssen zusammenkommt, sondern eine kontinuierliche Besetzung sichergestellt ist. Deshalb muß ich meine Ausführungen ganz anders beenden, als ich es ursprünglich vorhatte. Ich bin mit den Vorschlägen der Kommission weitgehend einverstanden.

Adenauer: Das Wort hat Herr von Hassel.

Von Hassel: Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Rede meines Vorredners erinnert mich an die Art, wie es die Sozialdemokraten sagen: In Unkenntnis der Vorschläge der Regierungsparteien stimmen wir dennoch dagegen! – Er ist also hierhergekommen, um zunächst dagegen zu reden, dann aber zuzustimmen. (*Unruhe und Bewegung*.) Auch ich gebe zu, daß es respektabel ist, daß man in diesem siebenköpfigen Arbeitskreis eine Lösung gefunden hat, die beim Parteivolk, das ja einen Vorschlag von uns erwartet, ankommen wird. Was hier gefunden worden ist, ist ein Kompromiß, bei dem ich aber an einem Punkt Ihre Aufmerksamkeit auf folgendes lenken möchte. Ist es eigentlich richtig, daß der Bundesparteitag dieses Geschäftsführende Mitglied von sich aus aus dem Kreis der Präsidialmitglieder bestellt? Es kann – wenn Sie genau nachlesen – entnommen werden aus dem Vorsitzenden, dem 1. Stellvertretenden Vorsitzenden und zwei weiteren Stellvertretern oder aus den übrigen acht Präsidialmitgliedern. Aus diesem Kreis wählt der Bundesparteitag ein Geschäftsführendes Mitglied des Präsidiums.

⁷ Nach dem gültigen Statut (Fassung vom 5. Juni 1962) konnten sich nach § 25 von den Mitgliedern des Bundesvorstands nur die Vorsitzenden der Landesverbände stimmberechtigt vertreten lassen. Diese Regelung wurde durch Beschluß des Bundesparteitags vom 23. März 1966 abgeschafft.

Der Vorschlag, den ich jetzt zur Diskussion stellen möchte, sieht so aus, ob man diese Frage, wer Geschäftsführendes Mitglied des Präsidiums wird, im Grunde genommen nicht dem Präsidium selber überläßt, so daß die Weisung des Parteitag lautet: Es wird ein Mitglied bestellt, aber wer das ist, darüber entscheidet das Präsidium selber. Das wäre durch eine Formulierung im Grunde genommen einfach zu lösen, daß nämlich nicht der Parteitag, sondern das Präsidium selbst diesen Mann bestellt. Ich kann mir vorstellen, daß dann, wenn sich das Präsidium konstituiert und seine Arbeit abgrenzt, dabei ein Vorschlag aus seinen eigenen Reihen kommt, der besser ist, als wenn man in einem großen Delegiertenkreis von 576 Leuten eine solche Wahl vollzieht.

Es wäre also zu überlegen, ob man nicht im § 25, der die Zusammensetzung des Bundesvorstands regelt, folgende Formel aufnimmt: „Das Präsidium hat aus dem Kreis der vom Bundesparteitag gemäß § 21 a zu wählenden Persönlichkeiten ein Geschäftsführendes Mitglied dieses Präsidiums zu bestellen.“ Dann würde im § 21 die Bestimmung „Der Bundesparteitag hat aus dem Kreis dieser Personen ein Geschäftsführendes Mitglied des Präsidiums zu bestellen“ gestrichen und im § 25 vor der Ziffer b eingefügt. Diese Frage sollte man hier einmal auf ihre Zweckmäßigkeit hin prüfen und klären.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich bin in keiner Weise an dem Ganzen beteiligt, aber ich möchte doch sagen, wenn dieses Geschäftsführende Mitglied des Präsidiums vom Plenum gewählt wird, dann hat es eine ganz andere Autorität, als wenn es in diesem kleinen Kreis gewählt wird. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das ist doch ganz offensichtlich der Zweck des Ganzen. Man will einen Mann haben, der auch Autorität hat. (*Gurk:* Und Verantwortung!) Autorität und Verantwortung gehen immer zusammen! – Das Wort hat Herr Lemke.

Lemke: Herr Bundeskanzler! Ich bin entschieden anderer Ansicht. (*Zuruf:* Welcher denn?) Wir haben uns gerade darüber geeinigt, daß wir einen Vorsitzenden wählen wollen, einen 1. Stellvertreter und zwei weitere Stellvertreter. Ich stelle mir es so vor, daß der Vorsitzende und in seiner Vertretung der 1. Stellvertreter die Partei führt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es Sinn eines Vorsitzenden und eines 1. Stellvertreters ist, nun eine dritte Person einzuführen, die nun tatsächlich die Partei führen soll. Wir wollen klare Verantwortung haben. Wenn wir einen Vorsitzenden und einen 1. Stellvertreter haben, dann müssen und können sie auch diese Arbeit verrichten. Ich halte es für schlecht, daneben noch einen dritten Mann einzusetzen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Seebohm.

Seebohm: Herr Bundespartei vorsitzender! Meine Damen und Herren! Sie haben vorhin völlig mit Recht gesagt, daß das Geschäftsführende Mitglied des Präsidiums eine größere Autorität bekommt, wenn es vom Bundesparteitag gewählt wird. Ich frage mich aber, ist das gewünscht. Das ist nämlich der Generalsekretär. Wir haben vorhin aus den Ausführungen von Herrn Dufhues gehört, daß die Kommission der Meinung

war, Generalsekretäre wie Herr Moro⁸ usw. sollten wir nicht nehmen. Dann ist natürlich die Frage, ob dieses Geschäftsführende Mitglied nicht doch vom Präsidiums selber bestimmt werden soll, zu erwägen.

Gerade die große Autorität, die durch eine Direktwahl auf dem Bundesparteitag gegeben wird, schwächt doch die Autorität des Vorsitzenden und seines Stellvertreters; denn damit bekommt er eine zumindest gleichrangige Stellung. Er kann selbst entscheiden und dem Vorsitzenden einfach sagen: Ich bin genauso gewählt wie du, vielleicht noch mit größerer Mehrheit. Wenn ich Geschäftsführender Vorsitzender bin, dann kann ich über diese Dinge auch entscheiden.

Wir haben Herrn Dufhues das letzte Mal auch so gewählt. Herr Dufhues hat sich daran gehalten, daß er eben diese Dinge im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden gemacht hat. Deswegen müßten wir jetzt, weil wir diese Situation haben, hier doch eine Abwägung vornehmen. Ich meine also, daß es richtiger wäre, wenn der Geschäftsführende Vorsitzende aus dem Kreis des Präsidiums gewählt wird, weil damit seine Bindung an den Vorsitzenden und den Stellvertreter stärker in Erscheinung tritt.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Darf ich jetzt einmal aus meinen Erfahrungen sprechen. Ich war jahrelang gleichzeitig Bundeskanzler und 1. Vorsitzender der Partei. Es stellte sich aber, als die Geschäfte des Bundeskanzlers einen derartig großen Umfang annahmen, heraus, daß ich mich nicht gleichzeitig um all die Sachen kümmern konnte. Damals ist Herr Dufhues als Geschäftsführender Vorsitzender gewählt worden, Herr Seebohm. Danach hat Herr Dufhues eine viel stärkere autoritative Stellung, als sie jetzt der Herr bekommt, der ins Präsidium gewählt und dem der Geschäftsführer hinzugesetzt wird.

Sie fallen also zurück, sie schreiten nicht voran. Meine Damen und Herren! Das eine müssen wir uns doch sagen, es liegen vor uns grausame Jahre, insbesondere für den Bundeskanzler, und zwar sowohl auf wirtschaftlichem, wie auf finanziellem und auch auf außenpolitischem Gebiete. Deshalb dürfen wir uns wirklich nicht mit solchen Sachen aufhalten.

Ich habe damals, Herr Seebohm, sofort zugestimmt, als mir der Vorschlag gemacht worden ist, Herrn Dufhues zum Geschäftsführenden Vorsitzenden zu machen. Ich hätte damals auch sagen können, nein, das will ich nicht, das ist eine Beeinträchtigung meiner Autorität. Lieber Herr Seebohm! Sie wissen doch ganz genau, Autorität hat man so viel, wie man sich selber verschafft. (*Heiterkeit.*) – Das Wort hat Herr Kohl!

Kohl: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir haben über die Frage in der Kommission lange gesprochen. Es sind alle Argumente des Für und des Wider dort vorgetragen worden. Nun würde ich dringend darum bitten, Herr Kollege Seebohm, daß wir die Terminologie einhalten. Es geht nämlich um ein Geschäftsführendes Präsidial-

⁸ Aldo Moro (1916–1978), italienischer Politiker und Jurist (DC); 1955–1957 Justizminister, 1957–1959 Erziehungsminister, 1963–1967 und 1974–1976 Ministerpräsident, 1969–1972 und 1973/74 Außenminister, 1976–1978 Präsident der Democrazia Cristiana, 1978 Entführung und Ermordung durch ein Kommando der „Roten Brigaden“. Vgl. Giorgio CAMPANINI: Aldo Moro. Paris 1988.

mitglied und nicht um einen Geschäftsführenden Vorsitzenden, von dem Sie gesprochen haben. Das ist doch ein elementarer Unterschied. Darüber gibt es keinen Zweifel.

Ich möchte auch sagen, weil hier soviel von Versammlungen berichtet worden ist, daß ich kein Prophet bin, aber ich kann doch folgendes prophezeien: Wenn wir den Delegierten des Bundesparteitags nicht eine Lösung vorweisen können, daß jemand in der Partei ist, der diese Aufgabe in seine Hände nimmt – hier als Geschäftsführendes Präsidialmitglied bezeichnet –, dann werden wir hier nichts erreichen. Ich möchte das ganz offen sagen aufgrund meiner Beobachtungen, die ich draußen, insbesondere in meinem Landesverband, gemacht habe. Man wird uns also fragen, wer tut denn die Arbeit, wenn Herr Duffhues abtreten wird.

Mir scheint also die von uns gefundene Lösung ein gesunder Kompromiß zu sein. Ist es denn so etwas Falsches, daß die Delegierten der CDU Deutschlands, wenn sie in zwei Jahren einmal zusammenkommen, das Recht haben, den Mann in geheimer Wahl zu wählen, der ursächlich ihr Kontaktmann ist und die praktische Arbeit leisten soll? Mir scheint es auch vom Demokratischen her legitimiert und richtig zu sein, das hier zu tun.

Einer Lösung vom Präsidium aus würde ich mich unter allen Umständen widersetzen, weil hier sofort das taktische Kalkül in einer solchen Breite einsetzt, daß die Autorität dieses Mannes nicht so ist, wie sie um der Partei willen für die Zukunft gegeben sein muß.

Ich möchte es auch noch aus einem anderen Grund, dieser Mann soll sein Mandat vom Bundesparteitag haben, aber er soll auch dem Bundesparteitag gegenüber verantwortlich sein. Er soll dem Bundesparteitag Rechenschaft geben über das, was er getan hat. Er soll also diese Rechenschaft nicht einem kleinen Kreis geben, sondern der Gesamtpartei. Aus dieser Sicht scheint es mir richtig und zweckmäßig zu sein, diese Lösung zu treffen. Das hat gar nichts mit dem Beispiel der romanischen Länder zu tun, auch nichts mit dem Generalsekretär der CSU.⁹ Wir sind ganz bewußt in dem Vorschlag einen eigenen und neuen Weg gegangen. Ich würde Sie dringend bitten, diesem Weg zuzustimmen. Das Ganze ist ein einheitliches Tableau. Wenn wir hier aus diesem Ganzen einen wichtigen Eckstein herausbrechen, dann ergeben sich daraus automatisch Konsequenzen für das ganze Tableau.

Es scheint mir notwendig zu sein, das hier fairerweise im Bundesvorstand offen auszusprechen. Es war ein wesentlicher Bestandteil einer stundenlangen Diskussion in der Kommission, wo sehr hart gerungen wurde, als man die Position eines Generalsekretärs zunächst forderte im Sinne der romanischen Länder, dann aber einen Kompromiß in der jetzt vorgelegten Form gefunden hat.

⁹ Vgl. Generalsekretariat der Christlich-Sozialen Union in Bayern (Hg.): Satzung – Statut – Landesschiedsgerichtsordnung. München Oktober 1962 (neue Auflage 1. April 1966): „Der Generalsekretär ist der Leiter der Geschäftsstelle des Landesverbands. Er erledigt seine Aufgaben nach den Weisungen des Landesvorsitzenden und nach Maßgabe der von der Landesvorstandschenschaft beschlossenen Dienstabweisung. Er kann an allen Sitzungen und Versammlungen der Organe der Union beratend teilnehmen.“

Ich bin ganz sicher, auch angesichts der Persönlichkeit, die hierfür bereits genannt worden ist, daß das für die CDU unter den gegebenen Verhältnissen die am meisten ausgewogene und auch die klügste Lösung ist, so daß ich nur dafür plädieren kann, sich dieser Lösung anzuschließen und dem Manne die nötige Autorität zu geben und nach draußen zu sagen, daß die CDU-Spitze der Partei das gibt, was der Partei ist. Dazu gehört das Votum der Mitglieder unserer Gesamtpartei, und zwar vertreten durch die Delegierten auf dem Bundesparteitag.

Es ist doch gar keine Frage, daß dies der Kontaktmann ist, an den sich der Kreisvorsitzende in der Bundesrepublik zunächst einmal wendet, wenn er irgendein Anliegen hat, das in den politischen Bereich hineingeht. Natürlich neben dem Bundesgeschäftsführer. Wir sollten uns also den Vorschlag der Kommission noch einmal überlegen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Schmücker.

Schmücker: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Kohl! Ich bitte vielmals um Entschuldigung, wenn ich mich noch nicht so rasch von Ihnen überzeugen lasse. Die Rede, die Sie gehalten haben, halte ich mit ein paar anderen Vokabeln auch sehr häufig, indem ich nämlich von dem geschlossenen Bild usw. spreche, und ich ärgere mich dann immer, wenn man mir nicht folgt, und ich muß mich dann auch beugen.

Meine Damen und Herren! Ich bin ein wenig überrascht von diesem Vorschlag. Ich denke auch an das, was zu Beginn der Diskussion bei uns erörtert worden ist. Darf ich es einmal ein bißchen salopp so ausdrücken: Wir haben zunächst eine Debatte über den Generalsekretär geführt. Ich bin weder grundsätzlich dafür noch grundsätzlich dagegen. Es kommt darauf an, ob man einen entsprechenden Mann zur Verfügung hat. Nun habe ich mir sagen lassen, der Mann sei nicht da. Jetzt hat man diese Behelfslösung gefunden.

Wir haben einen 1. Vorsitzenden; der hat keine Zeit. Wir haben einen 2. Vorsitzenden; der hat auch keine Zeit. Dann haben wir drei Stellvertreter; die haben auch keine Zeit. (*Unruhe, Bewegung und Heiterkeit.*) Dann haben wir unter den Präsidialmitgliedern noch jemand, der hat aber nicht so viel Zeit, daß er Generalsekretär werden kann, immerhin kann er aber Geschäftsführendes Präsidialmitglied werden!

Meine Herren! So geht das doch nicht! Wenn Sie diese Aufgaben dem Manne zuweisen, dann ist er der Leiter der Parteiorganisation. Nennen Sie ihn Generalsekretär oder machen Sie ihm zum Geschäftsführenden Vorsitzenden. Dagegen habe ich auch nichts. Aber diese Konstruktion hier wird doch genommen, um etwas zu tun, was man nicht offen ausdrücken will. Und das erkennt doch jeder auf dem Parteitag. Das kann einen doch veranlassen, auf die Tribüne zu gehen und diesen Vorschlag zu Fall zu bringen.

Die Frage lautet, kann der 1. Vorsitzende die Partei führen? Sie sagen: Nein, es geht nicht. – Ich frage weiter, können Sie, Herr Barzel, die Geschäftsführung machen? Ja oder nein? Wenn Sie in diese Ämter hinein wollen, dann haben Sie auch die Aufgabe zu übernehmen und nicht für die Arbeit noch jemand als „ferner liefern“ hinzuzunehmen.

Hier wird also nur eine halbe Lösung vorgeschlagen, mit der ich nicht einverstanden bin. (*Vereinzelter Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Katzer.

Katzer: Meine Damen und Herren! Vieles von dem, was Herr Kollege Schmücker gesagt hat, möchte ich unterstreichen. Aber daran werden wir nichts ändern können. (*Unruhe und Bewegung.*) Wir sind unter dieser Konstruktion angetreten. Die Rede des Kollegen Schmücker wäre für mich viel überzeugender gewesen, wenn er zum Schluß gesagt hätte, ich schlage dies und dies vor. Aber dieses „ich schlage vor“ ist ausgeblieben, weil wir ja alle in den letzten Wochen darum gerungen und auch nichts Besseres gefunden haben.

Ich bin der Auffassung wie Kollege Schmücker, eine ideale Lösung ist das nicht. Wir werden unsere Parteifreunde auch nicht zu Beifallsstürmen der Begeisterung hinreißen können. Aber es ist doch so, wenn wir die geeignete Persönlichkeit für einen Generalsekretär hätten, würde ich sagen, her damit. Wir müssen dem Parteitag, Herr von Hasel, mehr sagen, als nur von dem Präsidium zu sprechen – das ohnehin mit viel Ämtern gesegnet ist –, und es ihm überlassen, den betreffenden Mann aus seiner Mitte zum Geschäftsführenden Präsidialmitglied zu wählen. Das ist wirklich zu wenig. Ich möchte mich trotz aller Vorbehalte dazu bekennen, daß wir diese Lösung anstreben sollten, weil ich im Augenblick eine bessere Lösung nicht sehe, daß nämlich Herr Kollege Heck zum Geschäftsführenden Präsidialmitglied bestellt wird.

Was ich jetzt sage, tue ich ungern, aber ich würde meine Pflicht versäumen, wenn ich es hier nicht ganz klar sagen würde. Meine Damen und Herren! Diese Union ist 1945 angetreten als Volkspartei. Sie ist geprägt worden in den ersten Jahren weitgehend von den breiten Strömen der Arbeitnehmerschaft, die zu uns gestanden haben in einem geistigen Prozeß, der schon lange vor 1945 eingeleitet wurde, nämlich schon in den zwanziger Jahren durch Stegerwald¹⁰ und die Christlichen Gewerkschaften.

Wir haben eine Zeit gehabt – das war eine Hochzeit in der Union –, in der wir zwei Stellvertretende Parteivorsitzende hatten. Mir liegt es nicht, darüber zu feilschen, ob es nun zwei oder drei sein sollen. Auch hier ist es eine Frage der Persönlichkeit, wie sie sich einsetzt und durchsetzt.

Mit einem solchen Tableau, wo wir schließlich nachher 16 Persönlichkeiten haben, von denen nur zwei aus der Arbeitnehmerschaft sind, vermag ich nicht am nächsten Samstag vor den Hauptvorstand der Sozialausschüsse hinzutreten, vermag ich in den großen Versammlungen der Katholischen Arbeiterbewegung, der Kolpingsfamilie und wie sie alle heißen, nicht hinzutreten. Wir sprechen soviel von der geistigen Disposition. Ob es einem recht ist oder nicht, ob liberale Wirtschaftspartei oder was immer, damit müssen wir uns geistig auseinandersetzen.

10 Adam Stegerwald (1874–1945), Gewerkschafter; 1903–1920 Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, 1921 Ministerpräsident von Preußen, 1920–1933 MdR, 1930–1932 Reichsarbeitsminister, 1933 Verlust aller Ämter, 1945 Regierungspräsident von Mainfranken, Mitgründer der CSU. Vgl. Bernhard FORSTER: Adam Stegerwald (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 41). Düsseldorf 2003.

Das sind doch die Positionen, die wir in den großen Städten – ich komme aus Köln – verloren haben gegenüber den Sozialdemokraten, die dort überall große Erfolge erzielt haben, und zwar deshalb, weil die SPD auch die Liberalisierung auf ihre Fahne geschrieben hat. Das gilt für viele große Städte, die ehemals unsere Hochburgen waren.

Ich kann nur darum bitten, daß Sie mit allem Ernst dieses Problem sehen. Wir müssen auch die personellen Auswirkungen berücksichtigen, die dahinterstecken. Ich habe Sorge um die Union, wenn wir das hier mit der linken Hand beseitigen wollen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Hellwig¹¹!

Hellwig: Meine Damen und Herren! Ich will nicht von Namen sprechen, auch wenn hinter dem einen oder anderen Vorschlag sicher bereits eine Vorstellung besteht. Es muß rein formell einmal geklärt werden, welches ist das Verhältnis des Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes zum Bundesgeschäftsführer. Das Geschäftsführende Präsidialmitglied ist ein Mitglied des Präsidiums, und der Bundesgeschäftsführer ist von Amts wegen auch Mitglied des Präsidiums. Sie sitzen also beide im Präsidium gleichberechtigt. Der Bundesgeschäftsführer wird vom Parteivorstand gewählt und ist dem Parteivorstand verantwortlich. Wenn also über den Bundesgeschäftsführer noch ein Geschäftsführendes Präsidialmitglied vorgesehen ist, muß die Verantwortlichkeit des Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes über die des Bundesgeschäftsführers hinausgehen; d. h. wir kommen entgegen den Überlegungen von Herrn Seeböhm zur Wahl des Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes aus dem Bundesparteitag heraus, um allein schon dieses Amt in der Gesamtverantwortung stärker herauszustellen gegenüber dem Bundesgeschäftsführer.

Es muß auch geklärt werden, in welchem Verhältnis die beiden, die gleichberechtigt im Präsidium sitzen, stehen. Diese Frage ist aus dem jetzt vorliegenden Satzungsentwurf nicht klar zu erkennen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Nach meiner Meinung ist das sehr wohl klar zu erkennen. Wenn ein Präsidialmitglied die Geschäfte führt, ist es selbstverständlich dem Bundesgeschäftsführer übergeordnet. Die Aufgaben des Bundesgeschäftsführers sind nicht in erster Linie politisch. Sie glauben gar nicht, was in einem solchen Betrieb alles an nichtpolitischen Sachen anfällt. (*Schmidt:* „Er leitet die Geschäftsstelle“ steht hier.) Er leitet die Bundesgeschäftsstelle. Was Herr Hellwig gesagt hat, trifft also nicht zu. Ich muß Herrn Katzer sagen, daß er durchaus recht hat. Wir haben in den vergangenen Jahren immer uns Klarheit verschafft, daß wir, ohne einen entsprechenden Teil der Arbeitnehmerschaft als Wähler zu haben, niemals daran denken können, die stärkste Partei zu werden. Das steht auf dem Spiel, meine Herren!

Gerade die Organisationen, die eben genannt worden sind, die Kolpingsleute, die Katholischen Arbeitervereine, die Sozialausschüsse usw., alles das sind doch unsere treuesten Wähler. Wenn wir die nicht haben, dann sage ich Ihnen, wird es mit der Wahl

11 Prof. Dr. Fritz Hellwig (geb. 1912), Diplom-Volkswirt; seit 1947 Mitglied von wirtschaftspolitischen Ausschüssen der CDU, 1951–1959 Geschäftsführender Direktor des Deutschen Industrie-Instituts, 1953–1959 MdB (CDU), 1959–1957 Mitglied der Hohen Behörde der EGKS, 1967–1970 Vizepräsident der Kommission der EG.

des Jahres 1969 sehr schlimm werden. Deshalb sollte man diesen Vorschlag, den die Siebenerkommission aus reiflich überlegten Gründen gemacht hat, akzeptieren. – Das Wort hat Herr Grundmann.

Grundmann: Meine Damen und Herren! Man muß zunächst sagen, daß es niemanden hier gibt, der behaupten könnte – auch wir nicht –, daß dieser Vorschlag ein Idealvorschlag wäre. (*Kohl:* Ein Kompromiß!) Wenn Sie wollen, müssen Sie sich für einen Augenblick an die letzte Bundesvorstandssitzung erinnern. Wir haben da einen gemeinsamen Beschluß gefaßt, der eine Reihe von Konsequenzen beinhaltet, die sich z. T. in diesem Vorschlag widerspiegeln, den Sie heute hier sehen.

Natürlich kann jeder an dieser oder jener Stelle sagen, daß er in der Lage ist, auf dem Parteitag eine Brandfackel zu werfen, die dann das Tableau oder – besser gesagt – zunächst eine Person ins Wanken bringt. Aber darüber gibt es keinen Zweifel: Wenn Sie darangehen, einzelne Positionen ins Wanken zu bringen, und wir nicht zu einer einheitlichen Beschlußfassung kommen, dann bringen Sie das Ganze ins Wanken. Dann müssen Sie sich darüber im klaren sein, daß unter Umständen der Vorstandsbeschluß des letzten Males vakant ist und in die Diskussion gerät. Das ist gar nicht wagemutig, wenn ich das sage, sondern wir wissen alle, daß wir mit unseren Delegierten darüber zu reden haben, daß wir aus vielerlei Gründen, auch aus Gründen einer parteitaktischen Position heraus, notwendigerweise einen Beschluß zustande bringen müssen, den wir alle miteinander tragen. Darin ist eingebettet die Frage eines Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes.

Ich bin mit Ihnen, Herr Bundesvorsitzender, einer Meinung, es ist ein Unterschied zwischen der Position des Bundesgeschäftsführers, der mit beratender Stimme diesem Präsidium angehört, (*Zuruf:* Das steht aber nicht drin!) – Sie müssen die Satzungserläuterung dazu sehen und die Geschäftsverteilung – und einem Präsidialmitglied, das gewählt ist vom Bundesparteitag und mit einem klaren Auftrag ausgestattet wird, nämlich mit dem Auftrag, die hauptamtliche Verantwortung für diese Bundespartei zu tragen.

Herr Kollege Barzel! Ich glaube auch, daß wir den Tatbestand einer Diskussion unterschätzen. Man wird uns in vielen Fragen folgen, aber man erwartet auch Beschlußfassungen auf diesem Parteitag. Man muß das, was auf diesem Parteitag geschieht, draußen vertreten. (*Unruhe. – Zuruf:* Alles Selbstverständlichkeiten!) Das wird – ich beziehe mich auf Herrn Katzer und auf die Bemerkungen von anderen Herren – insgesamt nicht leicht sein. Das spürt jeder von uns, der draußen herumläuft.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ein Wort sagen zu den weiteren zwei Stellvertretern. Wir haben darüber gesprochen, aber man muß hinzufügen, wir tun gut daran, die regionalen Verhältnisse nicht zu übersehen. Diese Partei hat sich in ihrer Präsenz auch darzustellen in den landsmannschaftlichen Teilen. Ich habe in der letzten Bundesvorstandssitzung auch die Auffassung vertreten, es müsse ein weiterer Norddeutscher hinzukommen, und zwar aus Gründen, die sicherlich von jedem akzeptiert werden, der die ganze Breite sieht.

Ich wiederhole noch einmal: Wir sind in einer etwas mißlichen Situation, weil wir dem Bundesvorstand kein Patentzept vorlegen können. Es sind Überlegungen, die

nach meiner Meinung Bezug haben auf den ersten Vorschlag, nämlich den Bundesvorsitzenden und den 1. Stellvertreter, und zwar in der Weise, wie wir das das letzte Mal besprochen haben. (*Starke Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Klepsch.

Klepsch: Meine Damen und Herren! Ich kann mich in vielem meinem Vorredner anschließen. Ich möchte vorweg sagen, vielleicht sind meine einleitenden Worte mißverstanden worden. (*Zurufe:* Kein Wunder!) Ich wollte nämlich zum Ausdruck bringen, daß es natürlich kein Resultat ist, was uns die Kommission vorlegt, das uns zu Begeisterungstürmen hinreißt. Wir wissen sehr wohl, daß wir das den Delegierten sehr eingehend erläutern müssen. Eines scheint mir doch wichtig zu sein, und das möchte ich Ihnen sagen, Herr Minister Schmücker. Man könnte das Ganze zu Fall bringen, weil man keinen Generalsekretär hat. Mit diesem Argument können Sie natürlich das Tableau zu Fall bringen, aber nicht unter dem Motto, man braucht jemand, der sich um die Partei kümmert. Viele unserer Mitglieder glauben, daß es unbedingt notwendig ist, im Präsidium eine Persönlichkeit zu haben, die für die Partei zur Verfügung stehen muß. Unter diesem Punkt kann man fragen, ob ein Geschäftsführendes Präsidialmitglied ausreicht. Ich habe vorhin zum Ausdruck gebracht, daß ich bei einer Umschreibung der Kompetenzen dieser Auffassung bin. (*Zuruf:* Was heißt das?) Ich muß mich nun einem Zweiten zuwenden. Es ist schon richtig, daß gefragt werden muß, Herr Grundmann, ob die drei weiteren genannten Herren, die zwar nicht gewählt werden, die aber kraft Amtes dem Präsidium angehören, stimmberechtigt sind. Ich würde auch sagen, hier ergibt sich eine merkwürdige Situation. Zwar ist festgelegt, daß der Bundesgeschäftsführer die Bundesgeschäftsstelle leitet und das Geschäftsführende Präsidialmitglied die Geschäfte der Partei führt, aber in der Praxis ergibt sich daraus eine Diskrepanz, wenn beide dem Präsidium mit Sitz und Stimme angehören. Nun habe ich von einem Mitglied der Kommission eben gehört, daß das so zu verstehen sei, daß diese Zugehörigkeit kraft Amtes nur mit beratender Stimme gemeint sei. (*Unruhe. – Zurufe:* Nein!) Dann ist natürlich diese Frage akademisch. Wenn es aber nicht so ist, würde ich sagen, es ist nicht unmöglich, was Herr Hellwig ausgeführt hat. Man sollte sich über die Kompetenzen der beiden Herren vorher klarwerden.

Ich möchte sehr herzlich bitten, auch an die Delegierten auf dem Parteitag zu denken; denn sie erwarten, daß wir ein geschlossenes und kompromißbeinhaltendes Tableau vorlegen. Sie erwarten auch, daß die Partei eine in jeder Richtung funktionsfähige Führung erhält.

Adenauer: Das Wort hat Herr Bundeskanzler Erhard.

Erhard: Meine Damen und Herren! Die Funktionen zwischen dem Geschäftsführenden Präsidialmitglied und dem Bundesgeschäftsführer lassen sich leicht abgrenzen. Es ist hier schon deutlich geworden, das Geschäftsführende Präsidialmitglied wirkt in den politischen Raum hinein, allerdings in der täglichen Arbeit am Schreibtisch. Ich denke an die vielen Reisen, die unser Freund Duffhues zu den Landesverbänden usw. unternommen hat, und zwar ist das nicht nur auf die Wahl zugeschnitten, sondern das ist eine

wichtige Aufgabe in Permanenz, und der Geschäftsführer soll deshalb nicht arbeitslos werden.

Auf der anderen Seite könnte man natürlich denken, ein Geschäftsführendes Präsidialmitglied stört die Kreise des Vorsitzenden und die seines 1. Stellvertreters und der anderen Herren. Ich glaube, hier sind auch die Funktionen vorgezeichnet oder können jedenfalls abgegrenzt werden. Der Vorsitzende mit seinem Mitarbeiter, überhaupt mit dem ganzen Präsidium, haben der Partei das Gepräge zu geben, die geistige Ausrichtung usw. Das Geschäftsführende Präsidialmitglied hat die Aufgabe, das nun im täglichen praktischen politischen Leben zu verwirklichen. Er ist nicht der geistige Führer der Partei vor dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter, sondern er ist das politische Vollzugsorgan dessen, was die Partei will, um es hinauszutragen in unsere Wähler und in die Bevölkerung.

Ich glaube, auch das läßt sich satzungs- und geschäftsordnungsmäßig einigermaßen klar festlegen. Ich sehe darin keine große Spannung. Ich persönlich wäre, wenn Sie mich zum Vorsitzenden wählen, bereit, diese Konstruktion anzuerkennen.

Adenauer: Das Wort hat Herr von Hassel.

Von Hassel: Meine Freunde! Wenn es jemanden gibt in der CDU, der das Thema „Satzung und Satzungsänderung und Vorbereitung von Parteitag“ kennt, dann bin ich das. Ich denke an die Jahre 1959 und 1960. Die Landesvorsitzenden werden sich dieser Zeit erinnern, wo wir uns um eine Ordnung der Satzung bemüht haben.¹² Ich stimme völlig den Herren zu, die sagen, wenn wir in den Parteitag ohne klare Auffassung des Bundesvorstands gehen, dann kann es eine gräßliche Satzungsdebatte dort geben. Wenn man etwas nach außen zu Fall bringen will, dann geschieht das am besten durch eine Diskussion über die Satzung.

Ich habe vorhin gesagt, daß ich Verständnis habe für diesen Kompromiß, den man gefunden hat, zwischen dem, was man für richtig hält, und dem, was unsere Freunde draußen auf dem Parteitag verlangen werden. Ich habe lediglich als Nuance gesagt: Soll der Parteitag wählen oder sollen wir es dem Plenum vorbehalten?

Um nun die Dinge zu erleichtern, ziehe ich meine Anregung von vorhin zurück. Dann können wir hinter das von der Kommission vorgeschlagene Konzept treten.

Adenauer: Das Wort hat Herr von Heydebreck¹³.

Von Heydebreck: Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe nur eine Frage um der Klarheit wegen. In dem Vorschlag der Kommission heißt es im § 21: „Der Bundesparteitag hat aus dem Kreis dieser Personen ein Geschäftsführendes Mitglied des Präsidiums zu bestellen.“ Das heißt, daß an sich auch einer der Stellvertretenden Bundesvorsitzenden zum Geschäftsführenden Präsidialmitglied bestellt werden kann. (*Zuruf:* Ja!) Ist das beabsichtigt? (*Mehrere Zurufe:* Ja!) Das kann natürlich Unter-

¹² Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 406–426, 649–654.

¹³ Claus-Joachim von Heydebreck (1906–1985), Rechtsanwalt; 1948–1955 Stadtrat in Glückstadt (CDU), 1954–1964 Mitglied des Kreistags Steinfurt, 1958–1971 MdL Schleswig-Holstein, 1959–1964 Landtagspräsident, 1964–1969 Kultusminister, 28. März bis 2. November 1969 auch Justizminister von Schleswig-Holstein.

schiede in der Gewichtsverteilung geben, wenn z. B. ein Stellvertretender Bundesvorsitzender zum Geschäftsführenden Präsidialmitglied bestellt wird, hat er natürlich ein stärkeres Gewicht als ein anderes Mitglied des Präsidiums.

Dufhues: Ich will diese Frage gleich beantworten. Es ist ganz bewußt so formuliert worden, daß auch die Stellvertreter des Vorsitzenden zum Geschäftsführenden Mitglied des Präsidiums gewählt werden können. Meine lieben Freunde! Lassen Sie mich noch einige allgemeine Bemerkungen zum Stand der Diskussion machen. Wenn ich mich in die Vorstellungswelt und in die Zukunftsüberlegungen meines Freundes Heck versetze, der, wie ich höre, einem Teil der Diskussion beigewohnt hat, ... (*Heck:* Nein! – *Amrehn:* Dieser Diskussion nicht!) Dieser Diskussion nicht, dann bin ich beruhigt; denn sonst müßte ihm angst und bange werden um die Möglichkeiten, die ihm bei seiner künftigen Arbeit gegeben sind. Um eines mit aller Deutlichkeit zu sagen: Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß von diesem Geschäftsführenden Mitglied des Präsidiums gegenüber dem Vorsitzenden, dem 1. Stellvertretenden Vorsitzenden und dem Präsidium insgesamt Loyalität verlangt wird. Ich weiß, das Loyalität nicht immer gegeben ist, aber daß wir gerade diesem Gesichtspunkt, nämlich dem Willen und dem Wunsche nach loyaler Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden und den übrigen Mitgliedern des Präsidiums, aber auch mit den Kräften der Fraktion und der Bundesregierung, Rechnung tragen müssen, halte ich in der Tat für ein dringendes Gebot, das wir nicht aus dem Auge verlieren sollten.

Ein Zweites! Das Geschäftsführende Mitglied des Präsidiums braucht Autorität. Seine Aufgabe besteht darin, die vom Präsidium zu beschließenden Grundlinien der Arbeit der Christlich-Demokratischen Union zu realisieren, und zwar im Verhältnis zu den übrigen politischen Parteien, zu den befreundeten Parteien im Ausland, im Verhältnis zu den Verbänden und Organisationen. Diese Kontaktpflege erfordert ein sehr hohes Maß aktiver Betätigung.

Das Geschäftsführende Präsidialmitglied ist also nicht nur weisungsgebundenes Mitglied des Präsidiums, daß Einzelweisungen des einen oder anderen Mitgliedes des Präsidiums auszuführen hat, sondern ich erwarte von dem Geschäftsführenden Präsidialmitglied, daß sehr viel eigene Initiative von ihm ausgeht, um zu jener aktiven Arbeit der Christlich-Demokratischen Union zu kommen, die ich versucht habe durch meinen Beitrag zu erreichen, die aber noch wesentlich besser gestaltet werden kann, als es vielleicht in der Vergangenheit geschehen ist.

Wenn Sie dieser Auffassung zustimmen, meine Freunde, bitte ich Sie ganz herzlich und dringend, geben Sie diesem armen geplagten Freund unserer Partei eine höchstmögliche Autorität, soweit das statutarisch zu geschehen hat und soweit es nicht durch das Wirken der Persönlichkeit allein geschaffen werden kann. Geben Sie ihm deshalb die Autorität, die von dem höchsten Organ der Partei ausgeht, nämlich durch den Beschluß der Bundespartei selbst.

Alles andere wird zu Ergebnissen führen, die uns – lassen Sie mich das ganz offen sagen – vor unlösbare personelle Fragen stellen würden. Ohne diese Lösung werden Sie

nicht die Persönlichkeit finden, die ministerielle oder andere Aufgaben niederlegt oder ausschlägt, um sich dieser Aufgabe zu widmen.

Herr Hellwig hat mit Recht nach dem Verhältnis des Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes zum Bundesgeschäftsführer gefragt. Ich stehe nicht an, darauf hinzuweisen, daß in den Beratungen in der Tat das Bedenken aufgetaucht ist, das Sie, Herr Hellwig, geltend gemacht haben. Ausgangspunkt unserer Überlegungen war auf der einen Seite die intakte Bundesgeschäftsstelle mit dem Bundesgeschäftsführer und den Aufgaben, die statutarisch festgelegt sind, deren Abgrenzungen und Inhalt keinem Zweifel unterliegen, und auf der anderen Seite den Parteifreund, der die Funktion des Präsidiums zusammenfaßt und das politische Willensorgan der Partei ist, der aufgrund der sachlichen Unterschiede und Aufgaben naturgemäß der Bundesgeschäftsstelle und auch dem Bundesgeschäftsführer die Weisung geben kann, die sich aus der Unterschiedlichkeit der Aufgaben und aus der unterschiedlichen Aufgabenstellung beider Organe ergeben.

Meine verehrten Freunde! Auch ich habe damals als Geschäftsführender Vorsitzender der Partei nicht gefragt, wo liegen die genauen Grenzen meiner Kompetenz. Wer nicht bereit ist, mit gutem Willen an die Arbeit zu gehen, und nicht bereit ist, gelegentlich eine dienende Funktion zu übernehmen, wird es niemals schaffen. Wenn Sie glauben, daß das in Paragraphen gefaßt werden kann, was guter Wille und vor allen Dingen politische Arbeit verlangen, dann irren Sie sich. Dann werden Sie es niemals erreichen.

Deshalb glaube ich, daß sich aus dem Amt auch jene sachliche Unterstellung ergibt, wie sie leider in der Satzung nicht klar zum Ausdruck kommt, die auch noch gegeben bleibt, wenn beide dem Präsidium angehören, der eine kraft Wahl durch den Parteitag, der andere aufgrund der Zugehörigkeit durch die Satzung.

Ich bitte Sie, diesen Vorschlägen zuzustimmen. Ich kann nur wiederholen, was gesagt worden ist: Wenn Sie in diesem entscheidenden Punkt unserer Vorschläge eine wesentliche Änderung vornehmen sollten, dann müßten wir erneut zu Beratungen zusammentreten, um die Gesamtkonstruktion der Führung unserer Partei neu zu ordnen. Zu welchem Ergebnis wir dann kommen, ist mir zumindest sehr zweifelhaft.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich muß auf eine Anfrage hin antworten und eine neue schwierige Frage aufwerfen. In dem Entwurf, den uns die Kommission vorgelegt hat, heißt es: „Der Vorsitzende der Bundespartei, der Bundesschatzmeister und der Bundesgeschäftsführer gehören dem Präsidium kraft Amtes an.“ Danach haben sowohl der Geschäftsführer wie der Bundesschatzmeister Stimmrecht. (*Zuruf:* Natürlich!) Sie sagen, natürlich! Das hatten sie bisher nicht. (*Unruhe und Bewegung.*) Als Herr Kraske sich entschloß, Bundestagskandidat zu werden, habe ich ihm gesagt: Herr Kraske! Sie müssen sich entscheiden. Wenn Sie Bundestagsabgeordneter werden, können Sie nicht länger Bundesgeschäftsführer bleiben. Denn dann werden Sie ein guter Bundestagsabgeordneter und ein weniger guter Bundesgeschäftsführer. Der Bundesgeschäftsführer hat doch in der Hauptsache die technischen Sachen in einem großen Betrieb zu regeln, wie sie innerhalb einer Partei nun einmal anfallen. – Sie müssen sich darüber klar werden, ob Sie das bestehen lassen wollen. Damit wird allerdings dieses Präsidium auf ein Volumen gebracht, daß es schlechterdings kaum je eine Sitzung ge-

ben wird, in der alle anwesend sind. Ich habe doch den Jammer mit dem Präsidium all die Jahre mitgemacht. Man mußte tagelang herumtelefonieren, ob es den Herren überhaupt paßte. Dann paßte es diesem nicht, dann paßte es jenem nicht. Und nachher, wenn sie zugesagt hatten, kamen sie doch nicht. (*Unruhe und Bewegung.*) Dabei hatten wir das Präsidium viel kleiner gehalten und hatten Herren genommen, die ihren Wohnsitz in Bonn hatten, weil wir glaubten, sie seien jederzeit zu haben. Nun überlegen Sie bitte einmal, wieviel Ferienmonate die Bundestagsabgeordneten haben. (*Blank: Fünf Monate!*) Also, fünf Monate Ferien! Während dieser Zeit sind die Herrschaften nicht hier und nicht zu haben. Dann soll dieses arme Präsidium arbeiten und wichtige Entscheidungen treffen.

Also, meine Herren, machen Sie bitte nicht so viel Schwierigkeiten. Es hat keinen Zweck. Aber diese Frage nach dem Umfang des Präsidiums bei fünfmonatigen Ferien für die Bundestagsabgeordneten ist wichtig; denn sonst bekommen Sie mit Mühe und Not nachher Sitzungen des Präsidiums, bei denen nur anwesend sind vielleicht zwei oder drei Stellvertreter, der Bundesgeschäftsführer, das Geschäftsführende Präsidialmitglied und der Bundesschatzmeister. Das ist also – ich drücke mich jetzt etwas überspitzt aus – nichts anderes als ein Beamtenkollegium. (*Heiterkeit.*) – Das Wort hat Herr Schmücker.

Schmücker: Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe eine Reihe von Argumenten gehört, aber ich bin nicht überzeugt. Man muß sich, Herr Kohl, überstimmen lassen. Daß Ihre Ausführungen auch nicht alle richtig sind, entnehme ich den Ausführungen von Herrn Klepsch, der z. B. auf die regionale Ausgewogenheit hingewiesen hat, besonders auf Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg usw. (*Unruhe und Bewegung.*) Dann kommt die konfessionelle Ausgewogenheit mit 9:4. Ich will das nur erwähnen, daß doch einige Fehler hier unterlaufen können.

Meine Herren! Ich frage mich, warum machen wir das eigentlich. Warum müssen wir die Satzung ändern und dies alles tun, wenn doch dasselbe dabei herauskommt nur unter einem anderen Namen, was wir bisher auch schon gehabt haben? Und wenn Herr Katzer gesagt hat, daß ich keinen Vorschlag gemacht hätte, dann erwidere ich, lassen wir doch die Sache, wie sie ist: Bundesvorsitzender Erhard, Geschäftsführender Vorsitzender Barzel, Stellvertreter Heck und vier weitere Mitglieder. Dann brauchen Sie weder die Satzung zu ändern noch sonst etwas zu tun. (*Lebhafte Bewegung und Unruhe.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Adorno.

Adorno: Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte auch etwas sagen zu der Frage der Stellung des Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes zum Bundesgeschäftsführer. Es ist zweifellos richtig, daß sich die Kommission große Mühe gegeben hat, das Präsidium möglichst eng zu begrenzen. Wir sind zunächst von der Zahl zehn ausgegangen. Dann kamen wir auf zwölf, und dann stellte sich die Frage, ob nicht noch eine weitere Person kraft Amtes dem Präsidium angehören solle. Es ist nie die Frage erörtert worden, daß die Mitglieder kraft Amtes auch Stimmrecht im Präsidium haben sollen. Ich kann mir vorstellen, daß es zu einer sehr schwierigen Situation kommt, wenn das Geschäftsführende Präsidialmitglied und der Bundesgeschäftsführer

im Führungsgremium nicht nur Sitz, sondern auch Stimme haben. Das könnte zu einer Kontroverse führen, die der gemeinsamen Arbeit abträglich wäre.

Wenn sie Stimmrecht haben, kommt der Einwand von Herrn Katzer, dann kann bei einem 16köpfigen Präsidium die Zahl der Vertreter der Arbeitnehmerschaft nicht auf zwei begrenzt bleiben. Aus den Sozialausschüssen, aus den Katholischen Arbeitervereinen, aus den Kolpingsfamilien usw. sind uns immer wieder die Wähler und auch die besten Helfer bei den Wahlen zugeströmt. Das müssen wir unbedingt bei dieser Entscheidung berücksichtigen.

Bei der Frage, Generalsekretär oder Geschäftsführendes Präsidialmitglied, hat eine erhebliche Rolle gespielt, wie draußen im Lande unser Parteivolk reagiert. Es kommt darauf an, ob sich diese Persönlichkeit voll und ganz der Parteiarbeit widmen kann. Wir stehen jetzt vor einer Zäsur. Es wird jetzt das Präsidium völlig neu zusammengesetzt. Wenn wir jetzt keine Lösung finden, die auf diese Frage, die das Parteivolk draußen stellt, eine befriedigende Antwort gibt, dann werden wir wahrscheinlich auf dem Parteitag Schwierigkeiten bekommen.

Deshalb ist es notwendig, daß wir auf das, was Herr Dufhues in seinem Bericht angeführt hat, eingehen. Ich würde vorschlagen, daß wir erstens unseren Freund Heck bitten, sich zu entscheiden, wann er sein Ministeramt zur Verfügung stellt, damit wir das dem Parteitag sagen können; zweitens sollten wir den kraft Amt dem Präsidium angehörenden Freunden nahelegen, daß sie nur Sitz in diesem Gremium haben, aber nicht gleichzeitig ein Stimmrecht, weil es sonst zu Schwierigkeiten zwischen dem Geschäftsführenden Präsidialmitglied und dem Bundesgeschäftsführer kommt.

Adenauer: Meine Damen und Herren! In der Zwischenzeit ist der Vorschlag gemacht worden „mit beratender Stimme“. Man kann unmöglich dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion ... (*Kohl:* Es geht nur um den Bundesgeschäftsführer!) Nein, es steht hier in den Anträgen anders. Da sind die drei zusammengefaßt, und zwar mit beratender Stimme. Der Bundestagsfraktionsvorsitzende muß doch, weil er die Stimmen unserer Fraktion vertritt, volles Stimmrecht haben. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das Wort hat Herr Russe.

Russe: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte als Mitglied der Kommission ein paar Bemerkungen machen. Die Frage des Stimmrechts des Schatzmeisters und des Geschäftsführers im Präsidium ist eine Frage, die früher selbstverständlicherweise gelöst war, nämlich bis zu dem Tag der Einrichtung des Präsidiums in Dortmund. Bis zu diesem Tag gehörten sowohl der Bundesgeschäftsführer wie auch der Bundesschatzmeister zum Parteivorstand mit Sitz und Stimme, (*Zuruf:* Das tun sie auch heute noch!) und zwar auch im engeren Vorstand – das sollten sie auch weiter sein –, den wir einmal in einer Größenordnung von 15 Mitgliedern gehabt haben.

Ich frage, wollen Sie dem Bundesschatzmeister, dem Bundesgeschäftsführer und dem Fraktionsvorsitzenden nicht die gleichen Rechte geben wie allen anderen Mitgliedern des Präsidiums? Wir reden hier vom Präsidium. Eigentlich ist es doch das, was wir vor Dortmund gehabt haben, nämlich das Zurückgehen auf einen größeren Geschäftsführenden Vorstand, wenn Sie so wollen. Ob Sie das Präsidium nennen oder Geschäfts-

führenden Vorstand, ist letzten Endes unerheblich. Deshalb ist es auch unerheblich, daß man jetzt sagt, das Präsidium ist das Führungsteam und die anderen werden mehr oder weniger abgesetzt auf eine Funktion, die ihnen eigentlich von der Aufgabenstellung, von der Tradition, von der früheren Regelung der Satzung her nicht zukommt.

Ich bleibe also dabei, daß der Fraktionsvorsitzende, der Bundesschatzmeister und der Bundesgeschäftsführer Stimmrecht im Präsidium erhalten sollen. Ich sehe auch keine Schwierigkeit, die hier zwischen dem Geschäftsführenden Präsidialmitglied und dem Bundesgeschäftsführer auftauchen könnte. Warum wollen Sie das konstruieren? Selbst wenn die Herren einmal verschiedener Auffassung sein sollten, ist es doch nicht schwerwiegend, daß in einem Gremium von 16 Mann der eine oder andere überstimmt und auf die Ordnung zurückgeführt wird, die im Grunde genommen notwendig ist.

Die zweite Angelegenheit! Herr Parteivorsitzender, Sie haben gesagt, das Präsidium ist gar nicht arbeitsfähig, wenn fünf Monate Ferien sind. Verzeihen Sie, Herr Bundesvorsitzender, wenn Sie sich die Zusammensetzung des Präsidiums anschauen, wie die Kommission den Vorschlag unterbreitet hat, dann sind im Augenblick lediglich Frau Brauksiepe und Herr Blank als Abgeordnete anzusprechen, die anderen haben alle Funktionen entweder hier in Bonn als Minister oder in den Ländern als Ministerpräsident. (*Adenauer*: Die Minister reisen doch noch mehr! – *Heiterkeit*.) Herr Parteivorsitzender! Wenn Sie diese Meinung vertreten, kann man darüber diskutieren, aber dann muß man das Präsidium schlechthin anders zusammensetzen. Aber wenn Sie in dieser Vorlage mit uns einig sind, dann ist das Argument, daß Sie vorgetragen haben, nicht mehr gültig, dann bleibt es dabei, daß auch in diesen fünf Monaten in dem Gremium gearbeitet werden kann.

Noch ein Wort zu Herrn Katzer! Es ist in der Tat so, daß man bei der Gesamtsituation unserer Union Wert darauf legen muß, daß selbstverständlicherweise die Arbeitnehmerschaft in einer größeren Deutlichkeit hier repräsentiert sein muß. Wenn wir auf 16 Mitglieder insgesamt kommen, ist es keine Lösung, nur mit zwei Arbeitnehmerrepräsentanten dort vertreten zu sein. Ich darf Sie bitten, bei den personellen Überlegungen noch einmal auf diese Frage zurückzukommen.

Adenauer: Meine verehrten Damen und Herren! Mir liegt doch nur daran, meinem Nachfolger ein arbeitsfähiges Präsidium zu schaffen. Je größer eine solche Gesellschaft ist, desto schwerer kriegt man sie zusammen. Dann denkt jeder, es ist ja noch ein anderer da, ich kann einmal wegbleiben. Desto mehr wird also geschwänzt, meine Herren.

Nun kommen die fünf Monate Ferien hinzu. Ich wünsche Ihnen wirklich, daß Sie hier einmal säßen und während der Ferien ein Präsidium einberufen müßten, das dann vollzählig wäre. Wenn Sie das fertigkriegen, können Sie meinetwegen demnächst Bundeskanzler werden. (*Heiterkeit*.) Meine Herren! Sie glauben nicht, wie schwierig die ganze Sache ist. Wenn dieses Parteipräsidium nicht in acht Tagen zusammengerufen werden kann, ist es nicht die Hilfe für unsere Partei und für die Männer, die wir im Kabinett stellen, wie sie sein soll. Deshalb bitte ich Sie wirklich, sehen Sie doch das allgemeine Beste. Sehen Sie nicht darauf, daß dieser oder jener da drin ist, das hat gar keinen

Zweck. Sie werden sehen, es werden dieselben Erfahrungen gemacht werden, die ich mit einem kleineren Gremium auch gemacht habe.

Gurk: Meine Damen und Herren! Ich möchte etwas Grundsätzliches sagen zur Stellung des Geschäftsführers. Wir haben das auch draußen im Lande erlebt. Ich kann Ihnen heute sagen, der beste Geschäftsführer ist der, der nicht nach einem Mandat strebt. Wenn er ein Mandat erstrebt, sollte er nicht mehr Geschäftsführer sein. Wir hatten eine Auseinandersetzung darüber, ob der Landesgeschäftsführer im Landesvorstand Stimmrecht haben soll. Ich habe dort sehr große Widerstände erlebt. Der Einfluß eines Geschäftsführers hängt nicht von diesem Stimmrecht ab, auch nicht davon, daß er ein Mandat hat, sondern davon, daß er selbstlos dient in all den Dingen, die die Geschäftsführung ausmachen.

Ich bin durchaus nicht für eine Zwitterstellung, daß nämlich ein Geschäftsführer einerseits die laufenden Geschäfte führt und andererseits eine politische Position ausfüllt. Das ist nicht gut. Es ist auch nicht gut, wenn der Geschäftsführer Stimmrecht hat. Er wird doch gezwungen, dann für und wider Stellung zu nehmen, aber er soll doch allen zur Seite stehen. Warum soll er denn Partei ergreifen in Dingen, wo es gar nicht nötig ist?

Ich sage aufgrund meiner langen Erfahrungen, daß das Streben eines Geschäftsführers nach einem Mandat nicht gut ist für die Geschäftsführung als solche. Es gibt Landesgeschäftsführer, die prinzipiell ein Landtags- oder ein Bundesmandat ablehnen. Ein kommunales Mandat ist vielleicht noch möglich. Ich bitte Sie also, es nicht so zu sehen, als ob der Bundesvorstand nötig sei, um dem Bundesgeschäftsführer eine Position zu schaffen. Seine Position kommt aus der dienenden Funktion für das ganze Land.

Adenauer: Das Wort hat Herr Lemke.

Lemke: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich muß noch einmal auf das Gesamttableau zu sprechen kommen. Ich bitte Sie, mir das nicht übelzunehmen, ich bin vielleicht der einzige, der das hier offen ansprechen darf. Es sind nach dem Vorschlag der Kommission nicht zwölf sondern 13. Ich habe es durchgerechnet. Wer mich kennt, der nimmt es mir nicht übel, wenn ich Folgendes ausspreche: Es ist nicht gut zumutbar – und ich bitte meine katholischen Freunde, das einmal zu überprüfen –, daß wir neun katholische und vier evangelische Mitglieder im Präsidium haben. (*Unruhe und Bewegung.*) Meine Damen und Herren! Sie dürfen darüber nicht murren, wenn ich das sage. Sie sprechen ja auch Ihre Ansichten aus. Sie können nachher entscheiden, wie Sie wollen, aber ich muß das hier vortragen.

Dufhues: Nur zur Klarstellung! Ich habe bereits in meinem einleitenden Vortrag darauf hingewiesen, daß die Vorschläge acht weitere Mitglieder vorsehen, während praktisch nur sieben gewählt werden können, so daß eine Wahl innerhalb des Vorstands vorzunehmen ist. Wenn Sie das zugrunde legen, wird nach menschlichem Ermessen das Ergebnis 4:8 sein. Es mag für Sie insoweit unbefriedigend sein, aber ich lege Wert darauf, daß diese Klarstellung erfolgt.

Adenauer: Das Wort hat Herr Glup¹⁴.

Glup: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Aus der langen Diskussion muß man den Eindruck gewinnen, daß auf dem Parteitag mit allem Nachdruck angestrebt werden soll eine deutliche Neuerung unserer Partei, d. h. unserer Organisation, womit eine Straffung verbunden sein soll, eine Verbesserung zugunsten der Partei, die eine Volkspartei nach wie vor bleiben muß. Wir kommen nicht umhin, bei der Neuerung Wert darauf zulegen, daß das Amt eines Parteivorsitzenden oder eines Mitgliedes des Präsidiums, insbesondere auch des Geschäftsführers, populär gemacht wird, und zwar draußen im Lande. Draußen sieht es doch so aus: Wenn jemand als Vorsitzender einer Partei oder ein Geschäftsführer nicht ein Mandat im Kreuz hat, ist er auch nicht populär. Wodurch kommt denn das Streben der Geschäftsführer, noch zusätzlich zu einem Mandat zu kommen? Das hat doch seine Gründe. Wenn wir die Partei straffen wollen, dann brauchen wir Männer und Frauen in den Spitzengremien, die auch Zeit haben für die Parteiarbeit. Weshalb streben wir neuerdings wiederum eine Ämterkombination an? Der eine ist Minister und dabei Geschäftsführendes Präsidialmitglied; der andere ist Bundesgeschäftsführer und dabei gleichzeitig Bundestagsabgeordneter. Warum machen wir das?

Ich sehe einzig den Grund darin, daß die Leute eine persönliche Aufwertung in einem Amt bekommen wollen. Herr Dufhues hat seinerzeit als Begründung angeführt, daß er der Meinung ist, daß das Amt eines Parteivorsitzenden nicht honoriert werden soll. Ich spreche das jetzt einmal an. Wir wissen, daß in Zukunft das Geschäftsführende Präsidialmitglied vorwiegend für die politische Richtungsorientierung der Partei verantwortlich sein soll. Deshalb muß er auch so gestellt werden, daß er dieser Aufgabe gerecht werden kann. Wie wollen wir es einem Manne zumuten, sich so exponiert dieser Aufgabe zu verschreiben, wenn hier an diese Dinge nicht gedacht wird?

Bisher ist es doch geradezu unpopulär, von einem Vorsitzenden zu erwarten, daß er die Barauslagen ersetzt bekommt. Das hat zur Folge, daß nur solche Persönlichkeiten in die Ämter hineinkommen können, die dazu finanziell in die Lage versetzt werden. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Und wenn die CDU eine Volkspartei bleiben will, dann muß jedem von daher auch die Chance gegeben werden, entsprechend mitzuwirken. Es nützt doch nichts das ganze Proporzdenken, wenn nicht von der organisatorischen und von der finanziellen Seite her für diese Dinge gesorgt wird. (*Unruhe und Zuruf:* Was soll das eigentlich?) Wenn wir eine Aktivierung der Partei wollen, dann müssen wir die Ämtertrennung vornehmen. Es geht nicht an, daß jemand halb Abgeordneter und halb Bundesgeschäftsführer ist. Es geht nicht an, daß jemand Geschäftsführendes Präsidialmitglied ist und gleichzeitig Minister (*Unruhe.*) Wir müssen uns für eine Richtung entscheiden.

Adenauer: Das Wort hat Herr Amrehn.

¹⁴ Gerhard Glup (geb. 1920), Landwirt; 1960–1980 Vorsitzender des KV Cloppenburg, 1965–1985 Vorsitzender des LV Oldenburg, 1967–1986 MdL Niedersachsen (CDU), 1976–1986 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Amrehn: Herr Vorsitzender! Meine Freunde! Bis zum Beginn des Parteitags ist noch weniger als eine Woche. Wir haben also nicht mehr viel Zeit, um alle diese Fragen, die Sie jetzt zum Schluß noch zum Ausdruck gebracht haben, völlig neu zu ordnen. Als wir uns vor rund 14 Tagen getroffen haben, waren wir der Meinung, daß im Grunde eigentlich die Richtlinien für die Neuorganisation der Parteispitze gegeben waren. Dabei hatten sich die Landesvorsitzenden ein besonderes Verdienst erworben, indem Sie gemeint hatten, daß aufgrund der alten Erfahrungen ein Präsidium von etwa zwölf Personen gegründet werden sollte statt der sieben, die sich als zu wenig erwiesen hatten.

Ich halte es für einen Grundfehler, heute nun, wie es eben vorgeschlagen worden ist, das völlig umzustellen und wieder zu einem kleineren Präsidium zurückzukehren. Bei zwölf Mitgliedern hätten wir wenigstens die Aussicht, daß sechs oder sieben zu einer Sitzung erscheinen und ein genügend großer Kreis versammelt ist, um eine politische oder organisatorische Entscheidung zu treffen. Solange die CDU als Bundespartei besteht, hat es eine Unzufriedenheit darüber gegeben, daß die Politik im Bund so gut wie allein vom Kabinett und der Fraktion gemacht worden ist, aber nicht genügend politischer Wille aus der Partei heraus sichtbar wurde. Das hat dazu geführt, daß man einen Vorstand wie diesen gegründet hat, der dann stärker den politischen Willen sichtbar machen sollte, aber das gar nicht kann bei der Größe eines solchen Kreises. Hier liegt mit ein Grund, warum wir zu dem alten engeren Vorstand von rund zwölf bis 15 Personen zurückkehren. Ich halte diese Zahl noch immer für vernünftig, auch unter dem Gesichtspunkt der Geltendmachung eines politischen Willens aus den Landesverbänden, also aus der Partei heraus, neben dem, was in der Fraktion erarbeitet wird.

Insoweit unterstütze ich das alles, was heute hier vorgeschlagen worden ist von der Kommission, weil ich mir auch bewußt bin, daß wir es uns nicht so ausmalen können, wie wir möchten, weil wir gar nicht den Mann haben, der Generalsekretär werden könnte.

Aus all den vielen Schwierigkeiten scheint mir die vorgeschlagene Lösung noch einigermassen das beste zu sein, obwohl sie mich auch nicht befriedigt. Als die Landesvorsitzenden vor rund 14 Tagen den Vorschlag gemacht haben,¹⁵ haben Sie sich dabei auf die guten Erfahrungen berufen – das gleiche hat auch der Herr Parteivorsitzende getan –, die dann gemacht worden sind, wenn das relativ kleine Gremium der Landesvorsitzenden getagt hat.

Sie sollten deshalb bei der Erweiterung im Grunde eine stärkere Rolle spielen, als das heute vorgesehen ist. Es ist nur ein Landesvorsitzender dazugekommen, unser Freund Kohl. Herr Dufhues war ja schon drin. Es ist also das Ergebnis, welches die Landesvorsitzenden wollten, nicht erreicht worden. Trotzdem sage ich, es ist offenbar nicht besser gegangen. Warum nicht? Weil nämlich das Problem, einen starken politischen Arbeitsstab im Vorstand zu haben und gleichzeitig die Partei zu repräsentieren, anscheinend nicht anders gelöst werden kann, als wenn man eben diesen Kompromiß

15 Protokoll der Landesvorsitzendenkonferenz vom 16. Februar 1966 in ACDP 07-001-111.

schließt. Aber ich möchte das mit hervorgehoben haben, daß es auch nach dieser Richtung hin völlig unbefriedigend ist.

Wenn mich heute noch etwas unbefriedigend stimmt, dann ist es die wiederholte Betonung der Repräsentanz von bestimmten Interessen. Das sind die Arbeitnehmer, die Frauen usw. Dann ist noch von Herrn Grundmann gesagt worden: das landsmannschaftliche Interesse. Für den Arbeitsstab einer Partei müßte das im Grunde genommen völlig zurücktreten. Ich wäre froh, wenn wir die freien Menschen hätten, die nicht Bundesminister sind, die also beruflich frei sind und die Arbeit der Partei hauptamtlich machen können. Aber die haben wir nicht. Das ist ein Armutszeugnis; aber wir müssen damit fertig werden. Das rechtfertigt, daß am Ende auch bestimmte Interessen in einem solchen Gremium zum Ausdruck gebracht werden.

Noch ein Wort in diesem Zusammenhang! Das sage ich, weil ich vor einer großen Sorge stehe. Ich habe es bereits vor dem Vorstand der Bundestagsfraktion und vor der Fraktion ausgeführt. Die „Times“ hat vor drei Wochen geschrieben: „Wenn man nach Berlin kommt, dann gewinnt man den Eindruck, daß wir nur noch vor einem Denkmal unserer Hoffnungen auf die deutsche Wiedervereinigung stehen.“¹⁶

Nun sage ich, meine Freunde, die größte Partei Deutschlands – zusammen mit der CSU –, die die Regierungsarbeit leistet und verantwortlich ist für das Gesamtchicksal, die in ihrem Präsidium auch bestimmte Repräsentationen verlangt – evangelische, katholische, Arbeitnehmer usw. –, kann nicht darauf verzichten, in einer solchen Repräsentanz Berlin vertreten zu haben. Nun bin ich der letzte, der Schwierigkeiten machen wird für den Ablauf des Parteitag. Ich halte nichts davon, daß hier einer sagt, man kann alles zum Einsturz bringen. (*Unruhe und Bewegung.*) Wir sehen doch, wie sofort dann an einer Ecke gerührt wird. Der Sinn der heutigen Sitzung ist doch auch, den Parteitag so vorzubereiten, daß es nicht allzu viele blaue Augen dabei gibt. Wenn wir heute eine Menge umstürzen wollten, wäre das schon eine ganz schlechte Vorbereitung in der Presse für den Parteitag. Man muß sich darauf einstellen, sich möglichst weitgehend schon heute auf Kompromisse zu einigen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Seebohm.

Seebohm: Herr Bundesvorsitzender! Meine lieben Freunde! Herr Amrehn hat mit bewegten Worten von der Frage der Interessengruppen gesprochen. Wenn man schon so anfängt, dann muß man natürlich auch von den Heimatvertriebenen, von der Landwirtschaft und vom Mittelstand sprechen. Ich bin der Meinung, daß man das nicht tun sollte, obwohl es gut wäre, wenn die Herren im Präsidium gewisse Kombinationen in dieser Sache vertreten würden. Ich habe aber nicht den Eindruck, als ob das, lieber Herr Dufhues, berücksichtigt worden ist bei der Auswahl dieser Gruppen, sondern hier ist mehr an Persönlichkeiten gedacht. Trotzdem glaube ich, daß eines uns nicht davor bewahrt – insofern gebe ich Herrn Amrehn recht –, wir werden auf dem Parteitag noch weitere Namen hören als die, die wir hier aufgeschrieben haben. Das läßt sich gar nicht vermeiden.

16 Vgl. AAPD 1966 S. 180 Anm. 9.

Wir können uns deswegen darauf beschränken, auf diese Namen hier nicht weiter einzugehen, sondern wir sagen, das ist der Vorschlag der Kommission, aber es ist nicht notwendig, daß dieser Vorschlag nun von jedem einzelnen bis zum letzten durchkämmt und durchkämpft wird bei seinen Delegierten. Wir haben z. B. in Niedersachsen eine ganze Menge Delegierter verschiedener Konfession. Wir haben die Meinung gehabt, daß wir bereit wären, unseren Parteifreund Schmücker für den Parteivorstand vorzuschlagen. Daß das nicht erfolgt, möchte ich als Landesvorsitzender von Hannover nicht auf mich nehmen; denn meine Delegierten werden dafür sein, daß dieser Vorschlag gemacht wird. Insofern sind wir natürlich sowieso nicht in der Lage, uns hier festzulegen.

Herr Bundeskanzler! Mit dem Bundesgeschäftsführer hat es noch eine andere Bedeutung insofern, als er ja nicht gewählt wird vom Parteitag, sondern vom Parteivorstand; während der Bundesschatzmeister vom Bundesparteitag und der Fraktionsvorsitzende von der Fraktion gewählt werden.

Infolgedessen sind diese drei Herren in dieser Beziehung nicht ganz gleichwertig. Ich bin trotzdem der Meinung – das haben wir auch im engeren Rahmen so –, der zuständige Geschäftsführer nimmt mit beratender Stimme, der Schatzmeister und der Fraktionsvorsitzende aber nehmen mit Stimme teil. Insofern könnte man diese Dinge sehr einfach lösen. Wir brauchen uns dann nicht mehr darüber zu unterhalten.

Adenauer: Das Wort hat Herr von Hassel.

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Ich möchte zu der Frage zurückkommen, ob man hauptamtliche Mitarbeiter als Abgeordnete in ein Parlament entsenden sollte. Ich stimme Ihnen im Prinzip völlig zu, daß unsere hauptamtlichen Mitarbeiter nicht in ein Parlament gehen sollten, allein beim Bundesgeschäftsführer Dr. Kraske möchte ich sagen, daß wir uns darüber im Präsidium eingehend unterhalten haben und angesichts der Persönlichkeit von Herrn Dr. Kraske die Meinung vertreten haben, daß er sich um ein Bundesmandat bewerben sollte. Ich möchte das hier einmal ganz klar festhalten, damit wir nicht irgendein schiefes Bild hier bekommen und gesagt wird, Herr Kraske selber hat nun dieses oder jenes versucht. Herr Kraske hat nicht nur eine ausgezeichnete Arbeit geleistet während des Bundestagswahlkampfes, (*Beifall.*) sondern er hat auch einen hervorragenden persönlichen Wahlkampf geführt. Wer ihn erlebt hat in seinem Wahlkreis, der weiß, wie er sich im zweiten Teil des Arbeitstags nach 17.00 Uhr dort unten bemüht und einen hervorragenden Wahlkampf geführt hat.

Bei aller Anerkennung des Prinzips, zu dem auch ich stehe, möchte ich aber sagen, bei Herrn Dr. Kraske liegt eine Ausnahme vor, mit der wir uns im Präsidium damals eingehend beschäftigt haben.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich muß einige Worte darauf antworten, weil ich damals noch als Vorsitzender agierte. Dem Herrn Kraske konnte ich nicht verwehren, daß er sich um ein Bundestagsmandat bewarb. Es ist richtig, was Sie sagen, daß Herr Kraske jeden Tag von der Mitte des Nachmittags an bis zum Abend in seinem Wahlkreis war. Ich hätte ihn lieber hier gesehen! Verstehen Sie denn nicht, worauf es ankommt? Es kommt doch für uns alle darauf an, daß die ganze Maschine geölt ist und gut arbeitet, und nicht, daß ein einzelner Teil irgendwo draußen arbeitet. Darauf kommt

es gar nicht an. Deswegen habe ich als Vorsitzender der Partei dem Herrn Kraske von vornherein gesagt: Ich kann Ihnen nicht verwehren, daß Sie sich um ein Mandat bewerben, aber wenn Sie sich um ein Mandat bewerben, können Sie nicht länger Bundesgeschäftsführer sein. Beides zusammen geht nicht.

Wir müssen Wert darauf legen, daß gerade unsere Angestellten ihre ganze Kraft uns widmen. Dafür sind sie da, meine Herren! Es ist auch ganz richtig, Sie werden nicht so leicht gewählt als Bundestagsabgeordnete, wenn Sie nicht bei uns angestellt sind. Das hängt alles zusammen. Aber die Hauptsache – lieber Herr von Hassel, das müssen Sie doch verstehen – ist doch, daß bei uns alles funktioniert. Gerade das Beispiel von Herrn Kraske war denkbar schlecht von Ihnen gewählt. (*Von Hassel: Welches Beispiel?*) Das Beispiel, daß man mit Herrn Kraske eine Ausnahme machen müsse; er sei jeden Tag in seinem Wahlkreis gewesen. Darauf antworte ich Ihnen, während der Wahlzeit gehört der Bundesgeschäftsführer hier an seinen Schreibtisch oder sonst in einen anderen Wahlkreis, aber nicht ausschließlich nur in seinen Wahlkreis. (*Von Hassel: Er ist auch in anderen Wahlkreisen gewesen!*) – Bitte sehr, Herr Dufhues!

Dufhues: Meine Damen und Herren! Ich will versuchen, durch einen Vorschlag die Diskussion zu erleichtern. Aber zuvor möchte ich doch klarstellen, Herr Bundeskanzler, daß wir uns im Plenum mit der Kandidatur des Herrn Kraske sehr eingehend befaßt haben. Wir haben ihn zunächst gebeten, kein Mandat in Württemberg, in Tübingen, zu übernehmen, haben uns aber dann einstimmig bereit erklärt, ihm zuzugestehen, daß er sich im Rheinland um ein Mandat bewirbt. Meine persönliche Pflicht ist es, Herrn Kraske auch zu bestätigen, daß er nichts in der Vorbereitung des Wahlkampfes versäumt hat. Er hat wirklich bis zur letzten Kraft gearbeitet. (*Lebhafter Beifall.*) Das bin ich ihm einfach schuldig, weil ich so lange mit ihm zusammengearbeitet habe, daß ich aus eigenem Wissen am besten beurteilen kann, wie er gearbeitet und was er geleistet hat.

Nun will ich versuchen, die Diskussion ein wenig zu erleichtern; zunächst zu der Frage der Bezüge des Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes! Wenn dieser Mann noch Bundesminister ist, steht diese Frage nicht an. Wenn aber, was wir zur Voraussetzung machen, jemand sein Amt aufgibt, dann wollen wir ihn nicht dem Hungertode aussetzen, sondern dann ist es selbstverständlich, daß in der gegebenen Situation Gehalt und Aufwandsentschädigung gezahlt werden. Darüber werden wir uns noch einigen. Das braucht nicht in der Satzung zu stehen. Darüber bestand jedenfalls Einvernehmen, so daß diese Diskussion nicht fortgesetzt zu werden braucht. Meinungsverschiedenheiten bestanden aber darüber, ob der Bundesschatzmeister und der Bundesgeschäftsführer mit beratender Stimme an den Sitzungen des Präsidiums teilnehmen sollten oder ob sie Mitglieder kraft Amtes sind und als solche naturgemäß auch Stimmrecht haben. Soweit es sich um den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion handelt, ist es ganz selbstverständlich, daß er kraft Amtes Mitglied mit Stimmrecht des Präsidiums ist. Darüber sollte nicht diskutiert werden.

Dagegen sollten wir ganz ruhig darüber abstimmen, ob auch der Bundesschatzmeister und der Bundesgeschäftsführer kraft Amtes mit Stimme oder ohne Stimmrecht teil-

nehmen. Die entsprechende Formulierung der Satzung würde dann nicht auf Schwierigkeiten stoßen; aber die Sachfrage muß entschieden werden. Es ist zu entscheiden darüber, ob der Bundesschatzmeister kraft Amtes mit Stimmrecht dem Präsidium angehört oder ob er an den Sitzungen ohne Stimmrecht teilnimmt. Die zweite Frage ist dann, wie wir es beim Bundesgeschäftsführer praktizieren wollen.

Ich würde Sie bitten, die Frage der Person, also der personellen Zusammensetzung des Präsidiums, zunächst noch nicht zu erörtern. Natürlich ist es leicht, Gruppeninteressen, regionale Interessen usw. geltend zu machen, aber stellen Sie sich immer die Frage, wer nach seiner bisherigen Tätigkeit und nach seiner ganzen Art besonders geeignet ist, die Arbeit innerhalb der CDU zu leisten. Nur wenn Sie sich diese Frage stellen, dann werden Sie zu einer befriedigenden Antwort hinsichtlich der Personen kommen. Stellen Sie bitte zunächst diese Frage zurück, bis die Sachfragen entschieden sind. Ich wiederhole: Dazu gehört jetzt die Frage, ob der Bundesschatzmeister und der Bundesgeschäftsführer – wir wollen getrennt abstimmen – kraft Amtes mit Stimmrecht oder nur beratend an den Sitzungen teilnehmen.

Adenauer: Meine Herren! Keine Diskussion! Wir kämen dann zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst darüber ab, ob der Bundesschatzmeister mit Stimme teilnehmen soll. Wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. – Das ist die große Mehrheit.

Wir kommen zur Abstimmung über den Bundesgeschäftsführer. Ich bitte diejenigen, die für seine Teilnahme mit Stimme an den Sitzungen des Präsidiums sind, um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Ich glaube, das letzte war die Mehrheit. (*Zuruf:* Ja!) Meinen Sie nicht? (*Mehrere Zurufe:* Doch!) Damit hätten wir diesen Punkt erledigt. Meine Herren! Ich muß nun zunächst die Frage stellen, ist der Antrag von Hamburg wegen des Rotierens erledigt? Hamburg hatte den Antrag gestellt, daß alle zwei Jahre die Vertreter der norddeutschen Länder wechseln sollten.

Von Hassel: Es war so, daß Hamburg gesagt hat, drei Landesvertreter, einer aus dem Norden, einer aus dem Westen und einer aus dem Südwesten. Die sollten rotieren. Sie sagten, die Vertreter der norddeutschen Länder.

Adenauer: So hat mir Herr Dufhues berichtet. – Das Wort hat Herr Blumenfeld.

Blumenfeld: Herr Bundeskanzler! Ich muß mit dem Flugzeug jetzt zum Wahlkampf nach Hamburg,¹⁷ aber ich darf kurz sagen, mein Vorschlag war, die Landesvorsitzenden grundsätzlich stärker im Präsidium zu verankern. Deswegen mein Antrag, den ich Herrn Dufhues übermittelt habe, drei Vorsitzende von Landesverbänden im Präsidium repräsentiert zu sehen, und zwar die Nordgruppe, die Westgruppe und die Südwestgruppe, wobei die Frage des Rotierens nur ein Hinweis darauf ist, daß es nicht Erbhöfe sein sollen für die drei Landesvorsitzenden, sondern daß sie sich – das Präsidium ist ja auch für zwei Jahre gewählt – zur Neuwahl stellen müssen; daß sie also nicht eine personelle Institution werden, sondern nur eine Institution kraft Amtes.

¹⁷ Die Wahl fand am 27. März 1966 statt, vgl. Nr. 3 Anm. 2.

Das war der Vorschlag, Herr Bundesparteivorsitzender, und ich darf noch einmal wiederholen, er ist gestellt worden, um die Arbeitsfähigkeit und die Verzahnung zwischen dem Präsidium und den Landesverbänden zu verstärken.

Adenauer: Meine Herren! Das ist theoretisch richtig. Praktisch ist es aber so, daß natürlich eine gewisse Erfahrung dazu gehört. Und wenn einer nun zwei Jahre da drin ist, dann kommt wieder ein neuer dorthin. (*Bewegung und lebhaft Unruhe.* – *Schmidt:* Das liegt in der Satzung begründet!) Also, stimmen wir darüber ab, meine Herren! Aber ich bitte Sie, mir den Antrag genau formuliert zu geben.

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Wenn ich den Antrag wiedergeben darf, dann geht es darum, daß dem Präsidium jeweils drei Landesvorsitzende angehören sollen. Je ein Landesvorsitzender aus der Nordgruppe, der rheinisch-westfälischen Gruppe und der Südwestgruppe. Innerhalb der einzelnen Gruppen sollten die Vorsitzenden jeweils alle zwei Jahre alternieren.

Das ist der Antrag, den Herr Blumenfeld gestellt hat, der auf 2 Seiten begründet ist. Aber das ist der wesentliche Inhalt des Antrages. Ich glaube, daß diese Wiedergabe ausreicht, um eine Abstimmung über den übrigen Antrag zu ermöglichen. (*Bewegung und Unruhe.*)

Adenauer: Ich habe ihn zwar nicht kapiert, meine Herren, aber ich bitte diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. – Niemand! (*Stürmische Heiterkeit.*) – Der Antrag ist abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Wir kommen dann zu der Benennung. Es sind vorgeschlagen worden: Vorsitzender Herr Bundeskanzler Erhard. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. – Das ist einstimmig.

Es ist weiter vorgeschlagen worden als 1. Stellvertreter Herr Dr. Barzel. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. – Das ist auch einstimmig.

Dann kommen die weiteren Vorschläge.

Dufhues: Vorgeschlagen sind als weiteres Stellvertretendes Mitglied des Vorstands entweder unser Parteifreund Theodor Blank oder Paul Lücke. Als zweites weiteres Mitglied unser Freund von Hassel.

Eine Abstimmung ist also zunächst notwendig zwischen Blank und Lücke. Hier ist geheime Abstimmung verlangt worden.

Adenauer: Es ist geheime Abstimmung verlangt worden. (*Unruhe und Bewegung.*) Das Wort hat Herr Stingl.

Stingl: Meine Damen und Herren! Unser Freund Blank ist 1958 als Stellvertretender Vorsitzender nach dem Tode von Karl Arnold gewählt worden. Er ist dann Präsidiumsmitglied geworden bei der Umgestaltung. Es ist, wenn er jetzt nicht wieder aufgestellt wird, irgendein Zeichen, daß man mit ihm nicht zufrieden war. Die Besetzung dieses Postens sollte auch danach ausgewogen werden, wie dann diese vier insgesamt aussehen. Der Herr Bundeskanzler und Herr von Hassel sind Kabinettsmitglieder, Herr Barzel ist Fraktionsvorsitzender. Und es wäre sicherlich nicht gut, ein drittes Kabinettsmitglied zu nehmen. Der Vorschlag dazu sollte auch abgestimmt werden mit dem Vorstand

der Sozialausschüsse. Ich bin jedenfalls nicht autorisiert, für die Sozialausschüsse zu sprechen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Katzer.

Katzer: Meine Damen und Herren! Der Geschäftsführende Vorstand der Sozialausschüsse hat sich mit der Frage befaßt. Er hat es aber vermieden, über die zwei Kollegen, die aus unserem Kreis kommen, eine Entscheidung zu treffen. Er will die Entscheidung dem Parteivorstand überlassen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es ist geheime Abstimmung verlangt. Die Stimmzettel werden geholt.

Wir können dann zu Herrn von Hassel übergehen. Ich bitte diejenigen, die für Herrn von Hassel sind, um ein Handzeichen. – Das ist einstimmig!

Meine Damen und Herren! Wir haben vielleicht noch die Zeit, über Herrn Heck abzustimmen, der nach dem Referat von Herrn Dufhues für das Geschäftsführende Präsidialmitglied in Aussicht genommen ist. Ich bitte diejenigen, die für Herrn Heck sind, eine Hand zu erheben. – Das ist einstimmig!

Nun kommt das Abstimmungsergebnis. Es lautet: Lücke: 29, Blank: 11, Enthaltung: 1, zusammen: 41. Nun kommt noch eine sehr schwere Frage. Was machen wir nun, meine Herren? Wir haben, wenn Sie damit übereinstimmen, noch sieben Mitglieder zu bestellen. Ob diese nun allen gefallen, das halte ich für zweifelhaft. Es wird hier vorgeschlagen, wir sollten die Abstimmung über diese sieben verschieben bis zu der Vorstandssitzung unmittelbar vor dem Parteitag. Sind Sie damit einverstanden?

Struve: Herr Bundeskanzler! Ich bin einverstanden mit der Maßgabe, daß die Vorschläge als nicht existent betrachtet werden. Die Vorschläge in der jetzigen Form sind in mancher Beziehung so einseitig, daß ich den gerne sehen möchte, der das unterschreibt. (*Unruhe und Bewegung.* – *Gurk:* Sie sind ganz einseitig!)

Adenauer: Sie meinen die sieben Vorschläge, Herr Struve? (*Struve:* Ja!) Da können doch noch andere Namen kommen. Es sind nicht ausschließlich die sieben, sondern diejenigen, die am meisten Stimmen bekommen, sind gewählt. Vielleicht ist es zweckmäßig, wenn Sie der Bundesgeschäftsstelle Ihre Vorschläge einreichen. (*Lebhafte Unruhe.*) – Das Wort hat Herr Glup.

Glup: Herr Vorsitzender! Ich möchte den Vorschlag von Herrn Struve unterstützen. Wenn heute über die Personen nicht entschieden werden soll, dann muß dieser Vorschlag als nicht existent betrachtet werden; sonst müßten wir heute darüber diskutieren. Jedenfalls ist dieser Vorschlag von norddeutscher Sicht aus in keiner Weise diskutabel.

Schmidt: Ich würde überhaupt davor warnen, dem Parteitag eine Liste vorzulegen, die sich auf sieben bis acht Personen beschränkt. Ich bin der Meinung, wenn wir einen Vorschlag machen, dann soll er eine gewisse Chance zur Auswahl bieten. Das bewahrt uns davor, daß die ganze Liste gewissermaßen als eine Art Komplott aufgefaßt wird. Es muß eine Wahlmöglichkeit von vornherein gegeben sind.

Adenauer: Ich halte das für unbedingt richtig. Die Frage ist, wie stellen wir die größere Liste zusammen. – Bitte sehr, Herr Barzel!

Barzel: Herr Bundeskanzler, ich halte die Anregung, den Vorschlag heute nicht weiterzugeben, für richtig. Wir haben noch eine Bundesvorstandssitzung in der nächsten Woche. Da ist ausreichend Zeit, Vorschläge zu machen, um auch der Anregung des Kollegen Schmidt und anderer Kollegen zu entsprechen.

Ich möchte in aller Form das unterstützen, was Herr Struve gesagt hat, und zwar nicht nur mit den Argumenten, die er gebracht hat, sondern auch aus Menschlichkeit. Uns kann man zumuten, uns vier bis sechs Wochen lang durch den Kakao der öffentlichen Meinung ziehen zu lassen, aber den 15 – oder wieviel es sein werden – das auch zumuten, acht Tage hintereinander mit Telegrammen und was alles dazukommt, das ist nicht existent. Wir sollten nächste Woche, wenn wir im Parteivorstand zusammentreten, diese Liste fertigmachen und dann auch die Frage erörtern, die Herr Kollege Schmidt mit Recht aufgeworfen hat.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen – ich halte ihn für richtig –, dann müssen sie sich überlegen, wen Sie noch auf die Liste bringen wollen, damit wir dann eine Liste haben, die mehr als sieben Namen enthält, so daß auch eine Auswahl getroffen werden kann. (*Zuruf:* Es sind 15 bis jetzt!)

Dufhues: Meine Damen und Herren! Es scheint mir, daß hier ein grobes Mißverständnis über die Vorschläge der Kommission entstanden ist. Wenn Sie davon ausgehen, daß alle Namen die ich genannt habe, zugleich Vorschläge sind, so ist das einfach ein Irrtum. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, alle Namen zu nennen, die – von wem auch immer – zur Erörterung gestellt worden sind.

Daraus nun herzuleiten, daß z. B. das konfessionelle Verhältnis 4:11 oder so ähnlich sei, ist doch bei Gott nicht angebracht und nicht gerechtfertigt, wenn ich mich darauf beschränke, pflichtgemäß zu berichten, welche Vorschläge gemacht worden sind. Es wird notwendig sein, daß nicht nur die Kommission, die ihren Auftrag mit der heutigen Sitzung erledigt hat, sondern auch insbesondere dieser Bundesvorstand sich ein klares Konzept über die Zusammensetzung des weiteren Vorstands macht. Es hat keinen Sinn, daß Sie dem Parteitag eine Fülle von Namen nennen und schließlich dem Zufall die Zusammensetzung des Führungsgremiums der Partei überlassen. Wir müssen uns schon die Unbequemlichkeit leisten, selbst einen Vorschlag zu machen. Ich halte es für notwendig, wenn dieser Vorstand seine Funktion wahrnehmen will, daß wir einen geschlossenen Vorschlag von weiteren sieben Personen machen. Darüber sollte abgestimmt werden, damit mit einer gewissen Autorität die Ausgewogenheit dieses Vorschlages vorgetragen, aber auch akzeptiert werden kann. Deshalb bitte ich Sie, darüber zu beraten, wie Sie diesen Vorstand befähigen wollen, einen derartigen Vorschlag zur Vorbereitung des Bundesparteitags auszuarbeiten.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Den Auftrag haben Sie gehört. Das Wort hat Herr Glup.

Glup: Meine Damen und Herren! Darf ich Ihnen einen Vorschlag machen. Herr Barzel hat erklärt, es sei unzumutbar, daß sich die weiteren Mitglieder noch acht Tage lang durch die Mangel drehen lassen. Da ist etwas dran, und man muß das respektieren. Nun

meint Herr Dufhues, daß wir heute schon etwas weiterkommen müssen in der Zusammensetzung, aber ohne Namen zu nennen.

Ist es nicht möglich, daß man die Landesverbände in drei Gruppen aufteilt und sagt: Jede Gruppe der Landesverbände – meinetwegen Nord, Mittel, Süd – kann für dieses Präsidium eine bestimmte Anzahl von Kandidaten vorschlagen. Damit hätten wir doch die Möglichkeit ausgeschaltet, daß eine Gruppe die Ellbogen gebraucht und die anderen niederdrückt. Wenn z. B., wie das heute vorgeschlagen worden ist, die Dinge so liefen, wäre das für die norddeutschen Landesverbände untragbar. Von sechs Landesverbänden ist nur ein einziger für dieses Präsidium vorgesehen, nämlich Herr von Hassel. Das könnte sich wiederholen.

Dufhues: Darf ich Ihnen sagen, wir haben in der Kommission Herrn Stoltenberg gebeten, dem Präsidium beizutreten. Darauf hat er gesagt, es ist mein und unser besonderer Wunsch, daß Herr Schröder dem Präsidium beitrifft. Es ist also nicht so, daß hier einseitig Möglichkeiten benutzt worden sind, um dieses Gremium zu besetzen.

Glup: Ich mache Ihnen ja keinen Vorwurf, sondern ich habe die Sorge, daß wir auf dem Parteitag Schwierigkeiten haben werden. Wenn wir sagen, die norddeutschen Landesverbände können drei Vorschläge machen, die süddeutschen Verbände soundso viel, dann wäre eine so unglückliche Verteilung wie jetzt überhaupt nicht möglich.

Ich bin der Meinung, daß neben Herrn von Hassel auch ein Mann aus Niedersachsen dabei sein sollte. Wir denken an Herrn Schmücker. Ich möchte weiter sagen, daß auch ein Landwirt dabei sein sollte; ich denke an Herrn Struve. Im Rahmen der weiteren Vorschläge, die gemacht werden sollen, möchte ich das hiermit getan haben.

Adenauer: Meine Herren! Sie werden zu föderalistisch. (*Glup:* Nein!) Doch, so ist es bisher bei uns nicht zugegangen. Das will ich Ihnen doch sehr nachdrücklich sagen. Das Wort hat Herr Stoltenberg.

Stoltenberg: Ich möchte zu diesem Vorschlag etwas sagen. Ich glaube, daß dieser Vorschlag dem Gedanken nicht gerecht wird, der im Vordergrund der Beratungen gestanden hat. Das Präsidium soll eine Gesamtvertretung der Gesamtpartei sein. Natürlich gibt es gewisse Gesichtspunkte, wie regionaler und konfessioneller Art, die auch eine Rolle spielen. Aber man kann das Ziel der Gesamtvertretung nicht dadurch erreichen, daß wir uns jetzt in Sektionen für die weiteren Beratungen auflösen und jeder die Vorschläge des anderen übernehmen muß.

Ich glaube, daß wir die Diskussion jetzt noch weiter fortsetzen sollten, um die sachlichen Gesichtspunkte auszutauschen, daß wir aber die Entscheidung aus den Gründen, die mit Recht genannt wurden, hier zunächst in der Form einer Empfehlung treffen, dann aber dem Parteitag selbst überlassen. Es wird nicht zu verhindern sein, daß auf dem Parteitag weitere Vorschläge gemacht werden. Man muß dafür sorgen, daß in der vorherigen Meinungsbildung kein einseitiges Ergebnis herauskommt.

Nun hat Herr Dufhues den Gang der Beratung in einer Zwischenbemerkung etwas verkürzt wiedergegeben; so ganz kurz war es nicht. Wir haben natürlich in diesem Kreis über alle Namen gesprochen. Es hat nicht jeder nur für seine Region gesprochen oder seine Gruppe. Das wäre ja nicht die Aufgabe der Kommission gewesen. Ich möchte al-

so den Gesichtspunkt, welcher mit Recht hervorgehoben wurde, daß der gesamte norddeutsche Bereich nur mit einer Person vertreten ist, hiermit unterstützen. Aber ich glaube, daß Herr Schröder nicht als Vertreter des norddeutschen Bereiches betrachtet wird. (*Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Grundmann.

Grundmann: Meine Damen und Herren! Ich glaube, Herr Barzel, Sie müssen sich davor hüten, so zu tun, als ob dieser Vorschlag nicht substanzfrei ist. Er ist substanzfrei. (*Zuruf:* Was heißt das?) Sie haben ihn doch auch gelesen, genau wie ich. Wir beide haben sicherlich Informationen dazu gehabt. Wir haben ihn gelesen. Infolgedessen sind diese Namen da. Das heißt nicht, daß ich nicht die Meinung teile, daß am nächsten Montag darüber beraten werden könnte, aber ich glaube, man sollte auch respektieren, daß dieses Vorbereitungsergebnis der Kommission vorhanden ist. Man sollte sagen, es besteht der Wunsch, dieses Beratungsergebnis zu ergänzen und zu erweitern. Ich persönlich würde also sagen, daß es auch so etwas wie ein Akt der Fairneß ist, die Ergebnisse von mehrwöchigen Verhandlungen einer Kommission, die den Auftrag hatte, nicht ein fertiges Konzept, sondern eine Grundlage für den Vorstand zu erarbeiten, mit als die entscheidende Grundlage für die Diskussion zu betrachten.

Adenauer: Das Wort hat Herr Gradl.

Gradl: Herr Vorsitzender! Ich bin der Ansicht, daß wir uns heute darüber schlüssig werden sollten, wen wir für die weiteren Mitglieder zum Präsidium vorschlagen. In der Hast der letzten Stunde am Eröffnungstage des Parteitags kann nichts Vernünftiges herauskommen. Und schlauer sind wir am nächsten Montag auch nicht als heute.

Ich halte es für unmöglich, daß wir, wenn sieben noch zu wählen sind, acht vorschlagen. Wenn wir das tun, disqualifizieren wir auch die weiteren – nämlich bis zu 15 – ab. Entweder wählen wir exakt die sieben, oder aber wir nennen alle. Ein Zwischending gibt es nicht. Ich bin dafür, daß wir die sieben benennen, und zwar deshalb, weil der Parteitag von uns erwarten kann, daß wir ihm eine gewisse Orientierungshilfe geben. Mehr ist das sowieso nicht, was wir heute an Namen vorschlagen. Was unter allen Umständen in der Benennung der sieben korrigiert werden muß, ist das konfessionelle Verhältnis. So wie es jetzt ist, geht es nicht. So ist ein zu starkes katholisches Übergewicht, daß wir das draußen nicht gut vertreten können, aber nicht deshalb, weil einer von uns das nicht vertragen würde, sondern weil wir wissen, was draußen damit gemacht wird.

Auch dies ist ein Punkt, über den wir jetzt nachdenken sollten. Vielleicht wäre es gut, Herr Vorsitzender, wenn wir eine Pause von zehn Minuten machen würden, damit wir untereinander über die sieben sprechen können. Ich warne dringend davor, dem Gedanken weiter zu folgen, eine Aufgliederung nach landsmannschaftlicher oder Himmelrichtungsgruppen hier vorzunehmen. Im übrigen haben Sie Berlin ganz vergessen in der Eile.

Bei keiner der Gruppen, die hier genannt worden sind, ist Berlin mit aufgeführt worden.

Jedenfalls wäre es eine profunde Satzungsänderung, wenn wir das machen wollten. Zwingen können wir sowieso niemand auf dem Parteitag, einer solchen Empfehlung

Folge zu leisten. Es ist richtig, was Herr Stoltenberg gesagt hat: Gesamtrepräsentation der Partei. Dann kann man hier nicht mehr nach Kästchen auflgliedern.

Ich beantrage also, Herr Vorsitzender, erstens eine Pause zu machen, damit man sich über die Zahl und die Zusammensetzung austauschen kann, und zweitens die sieben Namen heute zu nennen, daß wir einen fertigen Vorschlag zur Orientierungshilfe für den Parteitag haben.

Dufhues: Meine Damen und Herren! Ich möchte diesen Antrag unterstützen. Dabei gehe ich von der Tatsache aus, daß das, was wir jetzt besprochen und beraten haben, heute abend oder morgen früh allen irgendwie interessierten Stellen bekannt ist. Es hat keinen Zweck, sich darüber Illusionen zu machen. Wenn das aber geschieht, dann haben wir eine derartige Entstellung der wirklichen Absichten dieses Vorschlages, daß es nur zum Schaden unserer Partei ausgehen kann.

Ich halte es für richtig, daß wir eine Viertelstunde ruhiger Beratung einschalten. Dabei sollten wir überlegen, welche verbesserten Vorschläge gemacht werden können. Unter keinen Umständen, meine lieben Parteifreunde, sollten wir den Weg gehen, den einzelnen Regionen unseres deutschen Vaterlandes ein Vorschlagsrecht zu geben. Das wäre das Ende einer funktionsfähigen Partei und eines funktionsfähigen Präsidiums. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Es müssen schon aus allen Teilen unseres Vaterlandes die Kräfte gewonnen werden, denen wir die Fähigkeit zutrauen, diese nicht leichte Aufgabe zu übernehmen. Ich schlage also vor, eine Pause von einer Viertelstunde einzulegen, in Beratungen einzutreten und zu versuchen, dann einen korrigierten Vorschlag zu unterbreiten.

Adenauer: Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind. Es ist vor fünf. Also um 5.00 Uhr fahren wir fort.

Unterbrechung der Sitzung von 16.45 bis 17.00 Uhr.

Adenauer: Ich höre von Herrn Dufhues, daß Herr von Hassel einen Vorschlag machen will.

Von Hassel: Meine Damen und Herren! Mein Freund Dufhues hat mir diesen Auftrag erteilt, Ihnen vorzutragen, was wir in der Pause versucht haben, einmal zusammenzustellen. Es ist nicht ganz einfach, aus den Vorschlägen, die auf den Tisch gekommen sind, nun eine Lösung zu finden, die dem Bundesvorstand akzeptabel erscheint. Bei allem Knobeln darüber, wer in den Vorstand hineinkommt, wird sehr rasch festgestellt, daß man im Grunde mit einem Präsidium von zwölf wahrscheinlich nicht auskommen wird, (*Lebhafte Unruhe und Widerspruch.*) so daß die Frage, soll man es verkleinern auf zehn oder auf den alten Bestand, sehr viel leichter zu lösen sein würde, weil jeder neue Sitz im Präsidium sofort wieder neue Wünsche oder Forderungen auslöst.

Dieser Teil des Hauses hat sich also überlegt, ob es nicht eine Lösung gibt – die bei all den Diskussionsbeiträgen des heutigen Nachmittags in Richtung auf die Frage einer gut ausgewogenen konfessionellen Zusammensetzung sinnvoll wäre –, wenn wir zu einem Gesamtpräsidium mit acht katholischen und fünf evangelischen Freunden kommen. Das wären 13; (*Starke Unruhe und Bewegung.*) wenn man also von 8:5 ausgeht,

dann heißt das nach dem, was bisher festgelegt worden ist, daß wir noch fünf katholische und drei evangelische Freunde hier bestellen. Die Frage ist, wie soll es geschehen. Wir sind der Meinung, daß man dazu ein Blatt Papier nehme und nunmehr die Namen aufschreibe, die in den Vorschlägen der Kommission von Herrn Dufhues heute genannt worden sind, plus den Namen, die im Laufe dieser Sitzung heute nachmittag vorgebracht wurden. Wenn man so verfährt, dann würden auf katholischer Seite zur Verfügung stehen, um eine Auswahl von fünf Stimmen zu haben: Frau Brauksiepe, Herr Blank, Herr Dufhues, Herr Kiesinger, Herr Kohl, Herr Krone, Herr Schmücker; von der evangelischen Seite: Herr Gerstenmaier, Herr Schröder, Herr Stoltenberg, Herr Struve. Das würde bedeuten, daß von insgesamt sieben katholischen Freunden fünf und von insgesamt vier evangelischen Freunden drei angekreuzt werden müssen. Dann würden diejenigen als Vorschlag des Bundesvorstands zu gelten haben, die jeweils die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Ich weiß, das ist sicher kein idealer Vorschlag, aber es gibt wohl keinen besseren.

Der Herr Kollege Dufhues hat vorgetragen, daß der Siebenerausschuß folgendes vorschlägt: Frau Brauksiepe, Herrn Blank oder Herrn Lücke, Dufhues, Gerstenmaier, Kiesinger, Kohl, Krone und Schröder.

Adenauer: Das Wort hat Herr Adorno.

Adorno: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe Verständnis dafür, daß man hier nach einer Lösung sucht, die den verschiedenen berechtigten Wünschen gerecht wird. Aber ich halte es für außerordentlich bedenklich – das wäre auch das erste Mal –, daß man bei der Auswahl eines Vorschlages die Union gleichsam aufreißt und zwischen katholischen und evangelischen Freunden unterscheidet.

Wir sind im Jahre 1945 unter einem gemeinsamen politischen Willen angetreten. Wir haben eine gemeinsame Weltanschauung. Ich halte es für bedenklich, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entstände, daß die wichtigen Positionen des Vorstands aufgeteilt würden nach evangelischen Christen und nach katholischen Christen und wenn wir auch so in der Wahl verführen. Wir können nur einen Vorschlag zur Kenntnis nehmen. (*Schmidt:* Darf ich mal unterbrechen! Nur das Verhältnis soll im voraus festgehalten werden; d. h. jeder wählt, aber unter Anerkennung eines bestimmten Verhältnisses!) Das bedeutet aber, daß wir zum erstenmal hier die Union aufreißen und zwischen Katholiken und Protestanten unterscheiden. (*Anhaltende lebhaft Unruhe.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Klepsch.

Klepsch: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, weil ich das für eine prinzipielle Frage halte, ein paar Worte als Vorsitzender der Jungen Union dazu zu sagen. Ich weiß nicht, wenn diese Sache ruckbar wird, die wir jetzt vollziehen wollen, wie ich das meinen Freunden sagen soll. Entweder halten wir daran fest, daß die Partei eine Einheit, eine Union ist und daß sie die jeweils besten Leute an die Spitze stellt. Das ist jedenfalls meine Auffassung. Sie wissen auch, daß in unseren Gremien die konfessionelle Frage eine ganz untergeordnete Rolle spielt.

Ich muß auch das sagen, was Herr Adorno betonte, daß ich Verständnis habe für die gewünschte Zahl der Mitglieder, aber wir können jetzt nicht einführen, daß wir vorher

einen Schlüssel zwischen den Konfessionen festlegen. Ich will mal einen Fall konstruieren. Es könnte sein, daß der vierte Protestant unter Umständen doppelt soviel Stimmen hätte wie der gewählte fünfte Katholik. Nach einem solchen Schlüssel aber wäre dann nicht der vierte Protestant gewählt, sondern der fünfte Katholik. (*Lebhafte Unruhe.*) Wohin kommen wir? Ich bin außerordentlich in Sorge – ich möchte das als Vertreter der jüngeren Generation sagen –, wenn wir diesen Weg einschlagen. Es genügt der Appell, Herr von Hassel, den Sie vorgetragen haben, aber wir sollten uns nicht in ein dezidiertes Verfahren einlassen, zumal wir hier doch nichts anderes können, als dem Bundesparteitag Vorschläge zu unterbreiten.

Auf dem Parteitag können wir dieses Verfahren auf keinen Fall anwenden, auch nicht im Bundesparciausschuß. Die größte Furcht habe ich davor, daß wir diese Diskussion, die wir jetzt hier führen, später im „Spiegel“ oder in irgendeiner anderen Zeitung lesen können. (*Unruhe und Bewegung.*) Ich darf herzlich bitten, einmal zu überlegen, ob wir es wirklich so machen sollten. Ich persönlich kann mich nicht dafür entscheiden.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich als ein sehr altes Mitglied unserer Partei ein sehr ernstes Wort dazu sagen. Stellen Sie sich einmal vor, wir Katholiken würden jetzt verlangen, daß dasselbe beim Auswärtigen Amt gemacht wird. Die Beamten dort schätzen die Zahl der Protestanten beim Auswärtigen Amt auf 70 %, die Zahl der Katholiken auf 30 %. Stellen Sie sich vor, wir würden dasselbe beim Ministerium des Inneren verlangen. Herr Lücke hat mir gesagt, er sei geradezu erschüttert gewesen über das Übergewicht der evangelischen Beamten über die katholischen Beamten. Stellen Sie sich, Herr von Hassel, vor, die Katholiken würden dasselbe in der Armee verlangen. Wohin kommen wir, meine Herren!

Ich bin geradezu erschüttert davon. So etwas hätte ich nicht für möglich gehalten. Ich bin an der Aufstellung der Liste gar nicht beteiligt. Ich habe sie hier zum erstenmal gesehen, aber, meine Herren, ich möchte Ihnen nur sagen, wenn wir so anfangen, dann ist das wirklich der Beginn des Unterganges unserer Partei. Was das bedeuten würde für Deutschland – jetzt gar nicht für die katholischen und für die evangelischen Freunde –, das können Sie sich nicht vorstellen.

Denken Sie daran, wieviel Stimmen die neue nationalistische Partei schon in Bayern bekommen hat.¹⁸ (*Zuruf:* 10,5 % in Bayreuth!) Nur dann, wenn wir in musterhafter Weise das Ganze zusammenfassen, können wir Deutschland retten. Was glauben Sie, was die neue nationalistische Partei für einen schlechten Eindruck im Ausland macht. Denken Sie daran, wie alles auf uns lauern wird, wie wir uns benehmen und verhalten. Also, sprechen Sie bitte nicht davon. Ändern Sie meinetwegen im Einvernehmen mit Herrn Dufhues die Liste, aber bitte sprechen wir nicht weiter darüber, sondern lassen wir diesen Fall begraben sein. Machen Sie es, Herr von Hassel, mit Herrn Dufhues; das

¹⁸ Kommunalwahl am 13. März 1966: CSU 39%, SPD 37,2%, FDP 3%, GDP 2%, NPD 1,6%, BP 1,5%, vgl. AdG 1966 S. 12387. Bei den Landtagswahlen am 20. November 1966 erreichte die NPD 7,4% und erhielt 15 Sitze im Landtag. Vgl. LEXIKON S. 731.

ist mir recht, aber so etwas überhaupt in einem Parteivorstand zum Ausdruck bringen, das ist unmöglich.

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Darf ich noch ein paar Worte dazu sagen. Zunächst stimme ich Ihnen völlig zu, was den Nationalsozialismus und den Nationalismus sowie die radikale neue Partei angeht. Das macht mir genauso viel Sorge wie Ihnen, Herr Bundeskanzler. Wir sehen es ja landauf, landab. Ich unterstreiche als alles völlig, was Sie sagen.

Aber zur historischen Wahrheit muß doch gesagt werden, daß die CDU hierauf auf früheren Parteitag immer in der Form eines unausgesprochenen Gesetzes, als eine Art Selbstverständlichkeit, innerhalb der Union auf die Besetzung der führenden Stellen im Präsidium usw. geachtet hat.

Herr Bundeskanzler! Als ich im Jahre 1956 auf dem Parteitag in Stuttgart zum Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde, hat unser Freund Dufhues eine großartige Rede gehalten über die Erweiterung des Präsidiums und die unbedingte Notwendigkeit, Herrn Gerstenmaier hineinzuholen.¹⁹ Er hat gleichzeitig einen Parallelvorschlag für unseren Freund Karl Arnold gemacht. Diese Dufhues-Rede – ich darf es mit Humor sagen – war damals eine Glanzleistung, mit der die Ausgewogenheit der konfessionellen Situation der CDU begründet wurde. Ein großer Teil von Ihnen, meine Herren, entsinnt sich noch dieser Rede auf dem Stuttgarter Parteitag 1956. Seitdem haben wir uns bei dieser Frage „Bestellung des Präsidiums“ oder „Bestellung des Vorstands“ immer daran gehalten. Wir haben bei der Bestellung des Vorstands dies ein wenig durch Kooptation ausgleichen können. Das gleiche ist in der Bundestagsfraktion geschehen. Sie wählte, und nachher war der Vorstand ermächtigt, zu kooptieren. Er versuchte in einer sehr geschickten Form, das auszugleichen, was in der Fraktion oder in den Arbeitskreisen vorher vielleicht nicht ganz glücklich gelaufen war. Da hatte man also die Möglichkeit zu kooptieren.

Beim Präsidium kann man nicht kooptieren, beim Präsidium kann man das, was auf einem Parteitag durch die Wahl entschieden worden ist, nicht etwa ausgleichen im Sinne der Union.

Herr Bundeskanzler! Mich trifft es eigentlich sehr hart, daß mir, der ich nun diesen Vorschlag gemacht habe, gesagt wird, man müsse an die Zukunft der Partei denken, daß sie auseinanderfalle und daß man den Gedanken der Union nicht mehr aufrechterhalten könne. Ich bin bekannt dafür, daß ich in allen Teilen Deutschlands den Gedanken der Union hochhalte, und daß ich deshalb auch einen solchen Vorschlag auf die Tagesordnung bringen kann; denn anders weiß ich nicht, Herr Bundeskanzler, wie man ein einigermaßen ausgewogenes und vernünftiges Bild bekommen kann, daß wir das auch gut nach draußen verkaufen können.

Wenn jemand einen besseren Vorschlag hat, dann bin ich der erste, der sagt: Dein Vorschlag ist besser; nehmen wir ihn an.

¹⁹ Vgl. CDU, 6. BUNDESPARTEITAG S. 121–124.

Dufhues: Meine Damen und Herren! Darf ich Ihnen einen Vorschlag zur Güte und im Frieden machen, wobei ich den Eindruck habe, es ist dringend notwendig, daß wir uns über die Notwendigkeit eines friedlichen Austausches unserer Gedanken besinnen. Ich habe nicht einzusehen vermocht, daß zwischen dem Vorschlag 8:4 und 8:5 ein so wesentlicher Unterschied liegt, daß die konfessionelle Frage mit aller Härte erörtert werden muß. Ich bitte, daran zu denken, daß es gerade unsere evangelischen Freunde waren, die lange Zeit gesagt haben, wir halten es für eine gute und glückliche Lösung, daß der Vorsitzende der Partei dem katholischen Bekenntnis angehört gerade angesichts der Besetzung der anderen Positionen.

Wir Katholiken haben die Kandidatur Erhards mitgetragen, und er ist einstimmig gewählt worden, ohne daß diese Frage auch nur aufgeworfen oder diskutiert worden ist. Meine Freunde! Ihnen das zu sagen, ist mir ein Bedürfnis angesichts der Härte, mit der heute hier argumentiert worden ist. Das sollten wir auch in der Form, lieber Herr von Hassel, zum Ausdruck bringen. Ich versuche deshalb, Ihren Vorschlag in eine Form abzuwandeln, die vielleicht diesem Gesichtspunkt Rechnung trägt.

Wir haben insgesamt elf Namen genannt. Wir sollten diese Namen in einer Liste in alphabetischer Reihenfolge aufführen. Wir sollten dann wählen. Ich möchte alle Freunde hier bitten, daran zu denken, daß insbesondere unsere evangelischen Freunde Wert darauf legen, in einer Relation berücksichtigt zu werden, die sie im Hinblick auf die Wahlergebnisse, auf die Bedeutung der Aufgaben und im Hinblick auf den Frieden der Union wünschen; daß sie also den Wunsch haben, daß wir im Verhältnis von 5:3 wählen.

Ich kann es Ihnen nicht in einfacherer Form sagen. Ich tue es, um zum Frieden beizutragen, um zu verhindern, daß jetzt in dieser Stunde und angesichts des Wandels in der Führung der Union Diskussionen aufkommen, die diese Union einfach nicht verträgt. (*Starker Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Katzer.

Katzer: Meine Damen und Herren! Ich vermag mich dem Vorschlag, den Herr von Hassel jetzt vorgelegt hat, nicht anzuschließen. Er geht auch über das hinaus, was wir hier beschlossen hatten, als wir die viertelstündige Gesprächspause eingelegt haben. Ich habe die Gesprächspause nicht so verstanden, daß der Vorschlag der Kommission völlig neu vorgelegt werden soll, sondern so, daß die einzelnen Landesverbände und die verschiedenen Gruppen untereinander noch einmal beraten, wie man gemeinsam zu einem konstruktiven Vorschlag oder zu einer Lösung kommen kann. Hier jetzt anzufangen – das ist das erste Mal in der Christlich-Demokratischen Union, der ich seit 1945, als ich aus dem Kriegsgefangenenlager kam, angehöre – und zu sagen, wir müssen es institutionell evangelisch : katholisch machen, das wäre das Ende dieser Partei. Das ist nicht möglich. (*Beifall.*) Ich habe vorhin gesagt – offenbar nimmt man das nur als Gefühlswallung von mir hin –, daß es undenkbar ist, mit einer solchen Liste vor die Arbeitnehmerschaft zu treten. Das ist ganz ausgeschlossen. Das mag man in anderen Landesverbänden anders sehen. Ich war sehr dankbar, daß Herr Adorno von einem süddeutschen Landesverband meine Gedanken aufgegriffen hat.

Wir haben einen Vorschlag, den die Kommission erarbeitet hat. Sie hat gesagt sieben oder acht. Je größer der Kreis ist, um so schwerer wird es. Denn dann ist sofort die ganze Repräsentanz in Frage gestellt, und dann muß jeder Landesverband und jeder Kreis wieder berücksichtigt werden. Dann haben wir praktisch eine verkleinerte Ausgabe des Vorstands, die nie hinkommen kann.

Wir sollten uns noch einmal den Vorschlag der Kommission zur Hand nehmen, den diese in wochenlanger Arbeit fertiggestellt hat. Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir hier in fünf Minuten eine bessere Lösung finden als das, was die Kommission nach wochenlanger Arbeit vorgelegt hat.

Wir können dazu unser Monitum oder die eine oder andere Ergänzung machen, die nach der einen oder anderen Seite möglicherweise eine Rolle spielt. Das haben wir immer so gemacht. Oder aber wir überlegen noch einmal ganz von neuem, ob wir diesen Kreis verkleinern. Damit wären dann all die Schwierigkeiten, die ich angedeutet habe, zumindest verringert.

Ich möchte auch hier in allem Freimut, Herr Bundeskanzler Erhard, Ihnen etwas sagen. Ich bin Kabinettsmitglied. Sie wissen, wie ich zu den Dingen stehe. Sie wissen, daß ich mir die Unabhängigkeit bewahre, daß ich zu unterscheiden vermag zwischen der Loyalität des Kabinettsmitgliedes und der des Regierungschefs. Darüber gibt es überhaupt keine Diskussion. Aber ich werde mir die Freiheit bewahren, als Mitglied dieses Vorstands, als Vorsitzender einer Vereinigung dieser Union von der Partei her das zu sagen, was notwendig ist. Ich sage das nur hier, damit keine Mißdeutung nach der Seite hin erfolgen kann. Ich habe Ihnen das mündlich gesagt und wiederhole es hier freimütig vor dem ganzen Bundesvorstand.

Wir haben auch zur Zeit Konrad Adenauers immer honoriert, daß Konrad Adenauer der erste Vorsitzende und damit die Persönlichkeit mit dem stärksten Gewicht war. Das hat eine Wichtigkeit auch bei der Besetzung anderer Personen beinhaltet. Ich meine, was da richtig war, kann heute nicht falsch sein. Wenn wir Ihnen heute einmütig das Votum bestätigt haben, daß damit zum erstenmal in der Geschichte dieser Partei ein evangelischer Christ an der Spitze die Union führt, dann glaube ich, ist das auch nach draußen hin von einer Deutlichkeit, die kaum besser darzustellen ist, nämlich eine Unterstreichung des Willens der Union, so daß ich nur traurig sein kann, wenn jetzt in kleinlichem Gehabe dieser großartige Eindruck, an dem niemand im deutschen Volke – selbst der „Spiegel“ nicht – vorbeigehen kann, sondern den jeder honorieren muß, denn das ist ein Fanal für die Union, das jedermann versteht, der nur ein bißchen Fingerspitzengefühl für Parteipolitik in unserem Vaterlande hat. (*Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Etzel.

Etzel: Meine Damen und Herren! Diese ganze Verhandlung von heute nachmittag hat all den Verdacht in sich, den solche Verhandlungen üblicherweise zu haben pflegen. Aber nicht deswegen melde ich mich zum Wort. Ich bin tief erschrocken, Herr von Hassel, daß hier ein Vorschlag gemacht wird: sieben Katholiken und vier Evangelische, dann dürfen wir einen wegstreichen, aber auf jeder Seite nur einen. So geht das – das glaube ich im Namen der Union sagen zu dürfen – nicht. Wir sind allerdings immer der

Meinung gewesen, wir haben eine ausgewogene Parität zu suchen. Das haben wir auch immer getan; aber jetzt zu sagen, im Verhältnis 5:3 müssen wir Protestanten und Katholiken wählen, das geht nicht. Der Gesichtspunkt der Tüchtigkeit und der Leistung ist für mich das Entscheidende.

Wenn ich als Evangelischer sieben wählen will, dann wähle ich sieben, und wenn ich als Evangelischer fünf wählen will, dann wähle ich eben fünf. Diese Freiheit will ich haben. Ich will mir nicht ex officio einen Schlüssel vorhalten lassen, wie ich zu wählen habe. Das ist für uns etwas völlig Neues. Das hat es noch nie gegeben, und das darf nicht einreißen. (*Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Glup.

Glup: Entschuldigen Sie, meine Damen und Herren, wenn ich noch einmal das Wort ergreife. Ich meine, daß es nicht richtig ist, nun das, was Herr von Hassel in guter Meinung und nur als Vorschlag vorgetragen hat, nun in einer solchen Weise hochzuspielen. Entschuldigen Sie, wenn ich das einmal so sage.

Die Situation ist doch folgende: Herr Bundeskanzler Erhard hat heute nachmittag gesagt, das engere Gremium habe die Aufgabe, geistige Impulse zu bringen. Das Geschäftsführende Mitglied des Präsidiums soll diese geistigen Impulse weitergeben bzw. in die Partei weiter hineintragen. Das ist durchaus richtig. Aber nun meine ich doch, daß es hier im Bundesvorstand erlaubt sein muß, Vorschläge darüber zu machen, wie wir das, ohne eine unschöne Diskussion auf dem Parteitag zu bekommen, am einfachsten bewerkstelligen können.

Ich bin der Meinung, daß wir gut daran tun zu versuchen, möglichst viele Landesverbände im Präsidium vertreten zu haben; daß wir weiter gut daran tun, wenn wir versuchen, auch die konfessionellen Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Mehr hat Herr von Hassel hier auch nicht sagen wollen. Ich habe ihn nicht so verstanden, daß er gesagt hat: Wir wollen rein nach Konfessionsproporz wählen. Ich weiß aber nicht, ob das so zu verstehen war. Ich bin trotzdem der Meinung, daß es hier sehr wohl einem Vorstandsmitglied gestattet sein soll, einmal zu sagen: Wir sollten den Konfessionsproporz in der Partei berücksichtigen. (*Unruhe und Widerspruch.* – *Etzel:* Der Proporz ist nicht da!) Sie kommen doch nicht darüber hinweg. (*Anhaltende Unruhe.*) Deswegen glaube ich auch, daß wir mit einem Vorschlag wie der von Herrn Dufhues gar nicht schlecht fahren, daß wir also sagen bei der Abstimmung, es sollen etwa soviel Katholiken und etwa soviel Protestanten im Präsidium vertreten sein. (*Widerspruch und Unruhe.*) Ich bin nach wie vor der Meinung, meine Herren, daß möglichst viele Landesverbände im Präsidium vertreten sein sollen, damit das Gedankengut des engeren Vorstands möglichst schnell in die Landesverbände hineingetragen werden kann.

Adenauer: Das Wort hat Herr Stoltenberg.

Stoltenberg: Ich glaube, daß Herr von Hassel mit seinem Vorschlag den ersten Versuch unternommen hat, ein schwieriges Problem zu lösen. Ich möchte auch unterstreichen, daß er gesagt hat, daß wir in keinem Landesverband bei der Aufstellung von Listen, von Bundeskandidaten usw. es versäumen, solche Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Daß natürlich bei einer internen Vorwahl ein solches Verfahren, wenn getrennt ge-

wählt würde, gewisse Bedenken hervorrufen kann, das würdige ich absolut. Im übrigen ist das ja nur ein Diskussionsbeitrag gewesen, der ja nicht – wie vielleicht mancher meint – das Ergebnis zu bedeuten braucht.

Dieser Vorschlag gefällt mir aber in einem anderen Zusammenhang nicht völlig, nämlich wegen der Ausweitung. Die Reaktion, die wir eben erlebt haben, und die Tatsache, daß wir bei der Ausweitung auf 13 immer noch einige Namen offen haben, führt mich zu der Überzeugung, die ich auch bei den Beratungen in der Kommission gewonnen habe, daß wir bei allem Bestreben nach einem Ausgleich und nach einer Verständigung nicht in der Lage sein werden, ohne eine unvertretbare Ausweitung dieses Gremiums allen Wünschen und Gesichtspunkten Rechnung zu tragen.

Deshalb gebe ich zu erwägen, ob wir nicht auf die Zahl von zehn gehen sollten. Wenn die Zahl kleiner wird, gibt es meines Erachtens drei große Vorzüge. Es ist nicht umsonst heute in einer Art sprachlicher Fehlleistung vom Vorstand statt vom Präsidium gesprochen worden. Wir wollen aber festhalten, daß dieser Vorstand hier auch in der Zukunft Vorstand bleiben soll, wenn nicht etwas ganz anderes beschlossen wird, und daß wir uns darum bemühen sollten, daß wir noch etwas häufiger und intensiver und regelmäßiger, als das in den letzten Jahren gewesen ist, hier zusammenkommen. (*Lebhafte Beifall.*) Dabei sollten die Landesverbände und die Vereinigungen zu Wort kommen. Ich bin der Überzeugung, daß jede Diskussion über zehn Personen hinaus die genannten Probleme erschwert. Es wird gegen das konfessionelle Prinzip gesprochen mit einer gewissen Berechtigung, aber nur einer teilweisen Berechtigung. Es werden aber auch andere Prinzipien hier betont. Es ist doch so, daß jede Vergrößerung der Zahl uns in größere Schwierigkeiten hineinführt.

Ich habe in der Kommission gebeten, von meiner Benennung Abstand zu nehmen, und zwar aus verschiedenen Gründen. Ich würde auch einige andere Namen, die hier genannt sind, dabei einbeziehen. Bei einer kleineren Zahl kann jeder – mit Ausnahme der vier, auf die wir uns geeinigt haben – unter Umständen in Kauf nehmen, daß er nicht zum Zuge kommt; dann würde auch die Abweichung unter konfessionellen Aspekten niemals erheblich sein. Es würde auch die Frage der Arbeitnehmervertreter usw. leichter zu lösen sein, als wenn wir auf ein Gremium mit 15 Mitgliedern kommen.

Nachdem nun der Vorschlag von Herrn von Hassel bei einigen Herren keinen Zuspruch gefunden hat, plädiere ich dafür, daß wir zehn sagen und dann den Parteitag wählen lassen. Wir sollten uns dazu entschließen, das Präsidium klein zu halten und den Vorstand etwas zu aktivieren. Damit erweisen wir der Partei den besten Dienst.

Adenauer: Das Wort hat Herr Bundeskanzler Erhard.

Erhard: Meine lieben Freunde! Ich glaube, wir müssen unserem Freund von Hassel attestieren, daß seine Sorge um die Partei echt ist, daß er sich immer für sie eingesetzt hat, wenn ich auch in diesem speziellen Fall seinem Vorschlag nicht folgen möchte.

Ich denke an das, was Kollege Katzer gesagt hat. Ich bin mir bewußt, daß es für mich als evangelischer Christ und als dem Vorsitzenden der Partei nicht immer ganz leicht sein wird. Ich nehme das nicht als Feindseligkeit, wenn die Dinge in konfessioneller Sicht beleuchtet werden, aber ich möchte jedenfalls als Vorsitzender der Partei über den

konfessionellen Standpunkt nicht diesen Streit haben, weil die Partei von beiden Konfessionen gleichermaßen getragen wird.

Der Vorsitzende der Partei kann zu seiner christlichen Überzeugung stehen, wie er mag, aber er hat als Vorsitzender der Partei den Grundsatz zu berücksichtigen, daß hier die beiden christlichen Konfessionen aufgerufen sind, auf das engste zusammenzuarbeiten.

Ich würde den Vorschlag von Herrn Dufhues, diese elf Personen, die ja nicht nur zufällig entstanden sind, in alphabetischer Reihenfolge nennen. Was Herr Kollege Stoltenberg sagte, hat natürlich viel für sich. Wir haben vorhin schon die Frage diskutiert: Wird nicht aus dem Parteitag heraus der Versuch gemacht werden, noch weitere Persönlichkeiten zu nominieren? Das können wir nicht absehen. Wir können es auch nicht verhindern. Dann stelle ich die Frage, was ist besser, ob wir durch eine etwas breitere Auswahl den Qualitätsgesichtspunkt – nicht den konfessionellen Gesichtspunkt – stärker zum Ausdruck bringen, oder ob wir unter Umständen riskieren zu sagen, wir lassen uns doch nicht eine ganz bestimmte Anzahl von Leuten aufpressen; dann wollen wir schon weiter darüber diskutieren, wer sonst noch geeignet und fähig wäre, in das Präsidium aufgenommen zu werden.

Unter Berücksichtigung aller Modalitäten glaube ich, daß der bessere Weg, der auch den geringeren Widerstand auf dem Parteitag findet, der vielleicht manche unzufriedene Elemente zu beschwichtigen in der Lage ist, der vom Kollegen Dufhues aufgezeigte Weg ist. Wir nennen elf Personen, nicht nach Konfession geschichtet, sondern nach dem Alphabet. Diese Liste scheint mir brauchbar, um dem Parteitag präsentiert zu werden. (*Etzel*: Aber nicht 5:3!) (*Unruhe*. – *Weitere Zurufe*: Nein!)

Adenauer: Das Wort hat Herr Gurk.

Gurk: Meine lieben Freunde! Ich möchte mich auch dem Vorschlag von Herrn Dufhues anschließen. Ich habe bis jetzt geschwiegen, aber ich möchte unseren evangelischen Freunden doch folgendes sagen: In meinem Landesverband habe ich auf Biegen und Brechen um den neuen Parteivorsitzenden ringen müssen. Der Vorwurf war die Liberalisierung der Partei. Ich hätte es nicht gesagt, aber auf Biegen und Brechen haben die Delegierten bis nachts um 12.00 Uhr diskutiert. Nehmen Sie das nicht leicht! Es ist eine programmatische Schwenkung, die wir vertreten, hinter der wir stehen bei Gefahr des Verlustes unseres Parteiamts. Aber so war es. (*Erhard*: Ich bestreite die programmatische Schwenkung!) Aber das brauchen Sie mir, lieber Herr Bundeskanzler, nicht zu sagen, ich habe Sie mit allen Mitteln verteidigt. Ich sage das nur unseren Freunden, damit Sie nicht in ein sogenanntes Proporzdenken verfallen, während tatsächlich die Schwenkung viel wirkungsvoller ist und von uns vertreten wird. (*Zurufe*: Unklar! – *Bewegung*! – *Erhard*: Die Schwenkung wächst!) Verstehen sie mich recht, meine Herren! Wir haben Sie verteidigt, Herr Bundeskanzler! Wir werden Sie auch bis zum Letzten verteidigen. Das ist wertvoller als ein Proporzdenken. Ich möchte es nicht versäumt haben, das einmal hier zu sagen.

Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit an Herrn Schröder wenden. Sie sind vorhin zitiert worden vom Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer. (*Schröder*: Ich möchte dabei ...

– *Unruhe.*) Sie brauchen nicht zu antworten! Sie sollen nicht vergessen ... (*Schröder:* Wenn darüber gesprochen werden soll!) Nein, es braucht nicht besprochen zu werden. Es soll nur nicht übersehen werden, gewisse literarische Erzeugnisse, die Ihnen nicht unbekannt sein werden, behaupten, daß dieses und jenes laufend im Lande schwebt.²⁰ Das sage ich nicht, um jetzt Streit zu stiften, sondern nur, damit Sie darauf achten, daß diese Angriffe vermieden werden bezüglich der Generalität usw. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Herr Bundeskanzler Erhard! Hier gibt es für uns keine Schwierigkeiten. Wir stehen auf Biegen und Brechen zu Ihnen. Lassen Sie uns also zu einer versöhnenden Lösung kommen, wie sie von Herrn Dufhues bezeichnet worden ist.

Adenauer: Das Wort hat Herr Blank.

Blank: Meine Damen und Herren! Ich muß Ihnen sagen, ich bin ehrlich erschüttert. Ich darf nur mit ganz wenigen Sätzen auf die Geschichte der Entwicklung unserer Partei hinweisen. Wir haben im Jahre 1945 die Partei gegründet. Ich habe in meinem Wahlkreis damals noch rund 30 % Zentrumsstimmen gehabt, die sich heftig gegen die CDU wehrten.²¹

Ich darf dennoch darauf hinweisen, daß wir damals aus der Situation heraus zunächst praktisch nur den Zulauf der weitaus besser in der Vergangenheit parteipolitisch organisierten Katholiken hatten als Evangelische. Dann haben wir, wie ich glaube, etwas sehr Kluges getan. Wir haben nämlich weithin versucht, so etwas wie eine Parität aufzubauen. Damit ist es uns gelungen, allmählich, wenn auch vielleicht noch nicht in dem wünschenswerten Umfange, den evangelischen Volksteil für uns zu gewinnen. Meine Damen und Herren! Fallen Sie jetzt bitte nicht in das Umgekehrte. Zum erstenmal haben die Geistlichen beider Konfessionen – was für die Katholiken besonders schwerwiegt – an einem Demonstrationzug teilgenommen.²² Nun kommt das Entscheidende. Der katholische Bischof – das hat sich noch nie ereignet – hat öffentlich das Verhalten seiner Geistlichen für gut befunden. (*Zuruf:* Wer war das?) Bischof Hengsbach²³!

Das wird sich zum erstenmal jetzt beim Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen auswirken. Wir sind darauf angewiesen, die sehr stark in den konfessionellen Verbänden organisierten Katholiken bei der Stange zu halten. Deshalb bin ich dagegen, daß wir einen solchen Vorschlag, wie ihn Freund von Hassel gemacht hat, annehmen.

20 Vgl. OPPELLAND S. 571 f.; „Rheinischer Merkur“ vom 1. Oktober 1965 „Soll Gerhard Schröder gehen? Es gibt keine katholische oder evangelische Außenpolitik“.

21 Bei den Bundestagswahlen 1949 erreichte die DZP im Wahlkreis Borken-Bocholt-Ahaus 29,3%, die CDU 41,8%.

22 Protestzug von Bergarbeitern durch Gelsenkirchen-Erle am 26. Februar 1966, an dem auch Geistliche beider Konfessionen teilnahmen, vgl. „Echo der Zeit“ vom 27. Februar 1966; vgl. auch dpa vom 27. Februar 1966 „Bischof Hengsbach kritisiert Energiepolitik“; „Welt“ vom 7. März 1966 „Barzel warnt vor Feuer an der Ruhr“.

23 Dr. Franz Hengsbach (1910–1991), katholischer Theologe; 1957–1991 erster Bischof des neu-geschaffenen Ruhrbistums Essen, 1961–1978 Militärbischof, 1961 Mitgründer der Aktion Adveniat, 1988 Kardinal. – Hengsbach setzte sich während der Kohlekrise öffentlich für die Bergarbeiter ein, vgl. „Rheinische Post“ vom 10. September 1965.

Ich wende mich mit Nachdruck gegen den Vorschlag, den Herr Erhard gemacht hat. Er sagte, dann nehmen wir doch elf oder zwölf und lassen den Parteitag darüber entscheiden. (*Von Hassel*: Das ist doch der Vorschlag von Dufhues!) Sie haben sich aber den Vorschlag zu eigen gemacht. Ich halte ihn für völlig falsch.

Meine Damen und Herren! Wenn wir der Meinung sind, das Präsidium soll eine bestimmte Größe haben, dann müssen Sie für das Gesamtpräsidium eine fertige Liste vorlegen, oder wenn Sie das für einen Teil nicht wollen, dann gilt das auch für den anderen Teil. Wer sagt Ihnen denn, daß Mehrheiten, die sich hier gebildet haben, ohne weiteres identisch für Mehrheiten auf dem Parteitag sind?

Ich kann mir sehr gut vorstellen, daß es da zu Auseinandersetzungen kommt; denn das Parteivolk ist an dieser Frage ungeheuer interessiert und will die Einheit unserer Partei erhalten. Entweder machen wir den einen Vorschlag, der die vier Namen enthält und die anderen genauso von vornherein begrenzt, oder wir machen es in beiden Fällen anders. Meine Damen und Herren! Nehmen Sie mir das ab. Ich sage das in aller Bescheidenheit. Ich glaube, daß wir, was die Leistung in der Partei anbetrifft, alle den gleichen Wert haben.

Adenauer: Das Wort hat Herr Stingl.

Stingl: Ich bin über die Zusammensetzung der Namen etwas überrascht. Herr von Hassel, Sie haben gesagt, daß sie sich ergeben haben aus der Diskussion. Herr Dufhues hatte mehr Namen genannt. Zumindestens aber hätten Sie die Intervention Amrehns so verwenden müssen, daß Amrehn mitgenannt worden wäre.

Adenauer: Das Wort hat Herr Klepsch.

Klepsch: Meine verehrten Damen und Herren! Ich möchte nicht auf die Frage des Religionsproporztes eingehen, denn ich weigere mich, hier darüber zu diskutieren. Aber drei Dinge scheinen mir wichtig zu sein. Zunächst möchte ich mir den Gedankengang von Herrn Stoltenberg zu eigen machen. Sie haben vorhin schon von mir gehört, daß ich der Meinung bin, daß die Zahl zwölf etwas zu hoch ist. Er hat völlig recht, wenn wir bei der Zahl zehn stehengeblieben wären, hätten wir alle die Probleme, über die wir jetzt stundenlang diskutiert haben, leichter lösen können.

Mit zwölf oder 13 Mann machen wir – Herr Russe hat das ausgesprochen – eine Art verkleinerten Vorstand. Und gerade das ist bei der Struktur unserer Partei mit dieser Ziffer nicht zu machen. Deshalb entsteht mit jeder weiteren Person das um so größere Problem, daß es immer weniger paßt auf die Struktur der Partei. Die Relation stimmt dann immer weniger. Wenn wir es bei zehn beließen, könnten wir die Hauptgesichtspunkte berücksichtigen.

Wir würden auch nicht den Versuch machen, einen verkleinerten Vorstand herzustellen. Es wäre auch sinnvoller, wenn diese Gruppe, wie Herr Stoltenberg sagt, häufiger zusammenträte, um solche Diskussionen wie heute zu führen. Ich fürchte, daß wir diese Diskussion auf dem Parteitag wieder bekommen, wenn wir nicht bis Montag eine Lösung finden, die die Frage aus der Welt räumt: verkleinerter Vorstand oder Präsidium.

Aus diesem Grunde möchte ich noch einmal herzlich bitten, den Vorschlag von Dr. Stoltenberg zu überdenken, so daß wir uns also neben den bisher festgelegten fünf Per-

sonen auf weitere fünf Präsidialmitglieder beschränken und versuchen, mit dieser Ziffer das Ganze auszubiegen. Bei zehn Mitgliedern wären die ganzen Probleme, von denen Herr Katzer und Herr Russe gesprochen haben, hinsichtlich der Arbeitnehmervertreter viel leichter zu lösen.

Adenauer: Das Wort hat Herr von Hassel.

Von Hassel: Ich wollte noch Herrn Stingl sagen, die Namen, die ich vorgelesen habe, sind jene Namen, die Herr Dufhues als Ergebnis der Beratungen der Siebenerkommission vorgetragen hat. (*Stingl:* Dann müßten die Vorschläge aufgefrischt werden, die ursprünglich gemacht wurden. – *Starke Unruhe.*)

Dufhues: Meine Damen und Herren! Wir sollten ernsthaft erwägen, ob wir auf eine solche Verkürzung hinwirken. Ich bin von jeher der Auffassung gewesen, daß ein siebenköpfiges Präsidium leichter zu bewegen ist als ein vierzehnköpfiges. Wenn wir also zu dem Ergebnis von zehn kommen könnten, wäre das glücklich. Aber es ist völlig ausgeschlossen, die Namen dieser zehn jetzt in diesem Gremium zu erörtern. Wir würden noch einmal eine Pause einlegen müssen. Ich bitte Sie also, diese Pause einzulegen und so lange zusammenzubleiben, bis wir uns einig sind. Wir dürfen nicht mit einem negativen Ergebnis an die Öffentlichkeit treten. Das verträgt nach dieser Diskussion weder die CDU noch die Öffentlichkeit. (*Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Kohl. (*Kohl:* Nein, ich verzichte!) Ich danke jedem, der nicht redet. – Das Wort hat Herr Stoltenberg.

Stoltenberg: Ich möchte den Antrag stellen, auf die Zahl zehn zu gehen. Ich fürchte, daß wir nach einer neuen Unterbrechung nicht mehr beschlußfähig sind; denn die Lücken hier vergrößern sich.

Wenn wir an dieser Sache festhalten, könnten wir den Versuch eines Personalvorschlages, seien es zehn, seien es mehr, dem Parteitag machen. Die Namen sind bekannt. Der andere Weg wäre der einer Abstimmung. Ich glaube nicht, daß wir jetzt durch eine Debatte auf die Zahl zehn herunterkommen.

Adenauer: Hier wird gerade versucht, auf zehn herunterzukommen. (*Stingl:* Ob zehn oder zwölf, ich mache darauf aufmerksam, daß die Christlich-Demokratische Union sich für ganz Deutschland verantwortlich weiß und daß hinter der Elbe Berlin und Ostdeutschland liegen.) Das Wort hat Herr Schmücker.

Schmücker: Ich habe den Eindruck, einige Herren sind mit Herrn von Hassel zu hart umgesprungen. So hat er es nicht gemeint. Das sollten wir ihm auch gar nicht unterstellen, daß er so etwas meint.

Herr Vorsitzender! Ich wiederhole meinen Vorschlag. Warum machen wir eine Satzungsänderung? Bleiben wir doch bei dem, was ist. (*Starke Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Dittmar²⁴.

24 Dr. Rupprecht Dittmar (1914–1985), Diplom-Kaufmann; 1945 stv. Vorsitzender des KV Weimar (CDU), ab 1946 Referent für Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik beim LV Thüringen, 1947 Stadtverordneter in Weimar, Mitglied des Kreistags, Vorsitzender der CDU-Fraktion, Leiter der Abteilung Betriebswirtschaft im Ressort Wirtschaftspolitik der DAG, 1955 Vorsitzender der Hamburger Sozialausschüsse, 1958–1968 Vorstandsmitglied der BfA.

Dittmar: Meine Damen und Herren! Ich möchte dringend davor warnen, die Entscheidung, welchen Vorschlag wir machen, bis zum Montag vor uns herzuschieben. Ich erinnere an den Parteitag von Hannover.²⁵ Da hat der Bundesvorstand am Sonnabend zusammengessen. Wir hatten auch damals eine schwierige Situation wegen der Kandidaten des Präsidiums. Wir haben am Sonntag weiterverhandelt. Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer weiß, wie schwierig es gewesen ist. Wenn wir es auf Montag verschieben, wo die Sitzung des Vorstands für 10.00 Uhr angesetzt ist und diejenige des Parteiausschusses um 11.00 Uhr, dann ist es absolut unmöglich. Wir müssen hic et nunc zu einer Entscheidung kommen. (*Beifall.*)

Adenauer: Meine Herren! Ich bin unbedingt dafür, daß wir heute hier zu Ende kommen in dieser Angelegenheit. Sehen Sie, daß jetzt nichts in die Presse kommt.

Stoltenberg: Ich wollte nur sagen, daß wir erst die Zahl festlegen und dann über die Namen diskutieren. (*Amrehn:* Das hat vorhin auch nicht geholfen.)

Adenauer: Wir unterbrechen kurz die Sitzung.

Unterbrechung der Sitzung von 18.25 Uhr bis 18.30 Uhr.

Adenauer: Bitte sehr, Herr Dufhues.

Dufhues: Wir haben in dieser Situation versucht, doch noch die Grundlage für eine Verständigung zu finden. Der Vorschlag, der hier in diesem zufällig zusammengesetzten Kreis erarbeitet worden ist, sieht ein Präsidium aus elf Mitgliedern vor. Die Namen der Mitglieder dieses Präsidiums sollten nach den bisherigen Überlegungen folgende sein: Bundeskanzler Professor Dr. Erhard Vorsitzender, Dr. Rainer Barzel 1. Stellvertreter Vorsitzender, als weitere zwei gleichberechtigte Stellvertreter von Hassel und Lücke. Wir haben uns bereits darüber geeinigt, daß wir Herrn Heck bitten sollten, das Amt eines Geschäftsführenden Mitgliedes des Präsidiums zu übernehmen.

Als die verbleibenden weiteren Mitglieder des Präsidiums werden vorgeschlagen: Frau Brauksiepe, Herr Blank, Herr Dufhues, Herr Gerstenmaier, Herr Kohl und Herr Schröder. Ich glaube, daß wir Herrn Krone dankbar sein sollten! (*Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich würde vorschlagen, wir probieren das einmal beim Parteitag. (*Unruhe und Bewegung.*) Meine Herren! Stimmen wir ab. Sie haben den Vorschlag von Herrn Dufhues gehört. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. – Das ist die Mehrheit. – Bitte sehr, Herr Kraske!

Kraske: Lassen Sie mich noch folgendes vorschlagen: Nach der bisherigen Übung unserer Partei ist jeweils der Vorsitzende des gastgebenden Landesverbands der Parteitagspräsident. Da Herr Grundmann bereits den letzten Parteitag präsiert hat, hat er insbesondere auch im Hinblick auf die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen vorgeschlagen, daß diesmal in Bonn Herr Ministerpräsident Meyers Parteitagspräsident ist. Dürfen wir dazu um Ihr Einverständnis bitten? (*Beifall.*) Ich möchte weiter anregen, daß ein Vorschlag über die weitere Zusammensetzung des Präsidiums dem Bundesvorstand auf seiner Sitzung am kommenden Montag vorgelegt wird. Herr Dufhues hat über

²⁵ Vgl. PROTOKOLLE 4 S. 677–703.

die Satzungsänderungen berichtet. Es ergibt sich aus technischen und organisatorischen Gründen eine weitere Satzungsänderung als zwingend notwendig, und zwar im § 17 des Statuts ist der letzte Satz zu ersetzen durch folgende Formulierung: „Der Nachweis des Mitgliederbestands erfolgt nach den Unterlagen der zentralen Mitgliederkartei.“ Das ist eine Frage, die für die Mandatsprüfung auf dem Parteitag von einiger Bedeutung ist. Ich bitte um Ihre Zustimmung, daß diese Änderung in die Satzungsänderung eingearbeitet wird, die generell dem Parteitag vorgelegt wird.

Adenauer: Sie sind einverstanden.

Kraske: Es ist heute kurz in der Kommission die Frage erörtert worden, was wir uns am Ende des Parteitags vorstellen, eine Entschließung oder ein Appell oder was auch immer. Es wird auf diesem Parteitag keine Arbeitskreise geben. Es wird also keine Fachgremien geben, die, wie das auf den bisherigen Parteitagen üblich war, eine solche Entschließung vorbereiten können. Die Kommission war, wenn ich mich recht erinnere, einstimmig der Meinung, daß der Schlußtag dieses Parteitags so stark unter dem Eindruck der Wahlen stehen wird, die am Mittwoch stattfinden, daß man nicht daneben noch Entschließungen vorlegen sollte, die – wenn ich das offen sagen darf – wahrscheinlich dann nur aus Allgemeinplätzen bestünden, weil sie auf dem Parteitag nicht gründlich genug vorbereitet worden sind. Ich meine aber, daß der Bundesvorstand sich schon heute dazu äußern sollte, denn wenn man anderer Meinung ist, müßte jetzt noch die verbleibende Woche dazu benutzt werden, um so etwas vorzubereiten.

Adenauer: Ich würde es wenigstens vorbereiten. Wir können dann darüber am Montag morgen beschließen. Aber für alle Fälle sollte man es vorbereiten.

Kraske: Das heißt, daß wir eine allgemeine kurze Entschließung vorbereiten, über die der Bundesvorstand am nächsten Montag Beschluß faßt.

Schließlich bitte ich um zwei Vormerkungen für die Sitzungen am kommenden Montag des Bundesvorstands und des Bundesausschusses. Es wird Ihnen jetzt eine Vorlage unseres Fachausschusses für Sozialpolitik vorgelegt, der Ausschuß für Sozialpolitik der Bundespartei hat darum gebeten, daß der Bundesvorstand von dieser Entschließung zustimmend Kenntnis nimmt, die dann veröffentlicht werden kann. Es sollte jeder Zeit haben, das in Ruhe zu lesen. Deswegen wird es jetzt verteilt, damit Sie am nächsten Montag darüber beschließen können.²⁶

Auf der Sitzung des Bundesausschusses am kommenden Montag ist endgültig über die neue Satzung der Sozialausschüsse zu beschließen.²⁷ Ich wäre Ihnen dankbar, wenn wir mit Ihrer Zustimmung das auf die Tagesordnung setzen könnten.

26 In seiner Sitzung vom 21. Januar 1966 hatte der Bundesausschuß für Sozialpolitik eine Vorlage an den CDU-Vorstand beschlossen zu den Themen: Selbstverwaltung in der Sozialversicherung und Alterssicherung der Selbständigen. Auch wurde der CDU-Vorstand gebeten, die Bundesregierung aufzufordern, eine erste Gesetzesnovelle zum Lastenausgleichsgesetz vorzulegen (ACDP 07-004-562/2 und 563/1). Vgl. dazu auch Nr. 5 S. 173 f.

27 Die Satzung der Sozialausschüsse der CDA wurde auf der 11. Bundestagung am 9.–11. Juli 1965 in Köln (Druck in ACDP 07-001 AO 169 Justitiar) und vom CDU-Bundesausschuß am 21. März 1966 gemäß CDU-Statut § 31 Satz 2 genehmigt (ACDP 07-001-022/8 S. 43–45).

WAHL VON FÜNF MITGLIEDERN, DIE DURCH DEN BUNDESVORSTAND IN DEN FERNSEHRAT DER ANSTALT ZWEITES DEUTSCHES FERNSEHEN ZU ENTSENDEN SIND

Auf der heutigen Tagesordnung standen noch zwei Punkte: Das eine ist folgendes. Der Kulturausschuß der Bundespartei hat Herrn Dr. Hofmann²⁸ aus Aachen zu seinem Vorsitzenden wiedergewählt. Diese Wahl bedarf nach der Satzung noch der Zustimmung des Bundesvorstands. Ich wäre für diese Zustimmung dankbar. (*Adenauer*: Die Zustimmung ist gegeben.)

Der letzte Punkt: Das Präsidium hat auf seiner Sitzung am 13. Januar nach dem Staatsvertrag über die Errichtung der Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen die fünf Vertreter der CDU gewählt. Diese Wahl war im Präsidium erforderlich, weil sie bis zum 6. Februar getätigt sein mußte und der Vorstand vor diesem Termin nicht zusammentrat. Auf Vorschlag von Herrn Dufhues sind bei dieser Sitzung die bisherigen Vertreter der CDU, nämlich Herr Dr. Kohl, Herr Dr. Martin, Frau Dr. Strecker²⁹ und ich wieder benannt worden. An Stelle von Herrn Dr. Stoltenberg, der als Bundesminister dem Fernsehrat nicht angehören kann, hat das Präsidium Herrn Dr. Abelein³⁰ benannt. Diese Vorschläge sind der Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen mitgeteilt worden. Nach dem Staatsvertrag muß jedoch die Zustimmung von den Parteivorständen gegeben werden. Deshalb bitte ich Sie, daß diese Entscheidung des Präsidiums bestätigt wird.

Adenauer: Sie ist bestätigt. Damit wäre die Tagesordnung erschöpft. – Bitte sehr, Herr Amrehn!

VERSCHIEDENES

Amrehn: Zum Punkt Verschiedenes darf ich noch folgendes sagen: Manch einer von uns kommt zu einer solchen Sitzung von weit her angereist. Er hat selten die Freude, den früheren Bundeskanzler und Vorsitzenden der Partei, den Herrn Bundeskanzler, den Herrn Außenminister, den Herrn Verteidigungsminister an diesem Tisch zu sehen. Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn der Bundesvorstand heute auseinandergehe, ohne daß wir wenigstens ein Wort darüber hören, wie die Dinge der letzten Wochen beurteilt werden und was der Bundesparteivorsitzende für einen Eindruck von Paris mitgebracht hat. (*Beifall*.) Darüber ist nicht gesprochen worden.

28 Josef Hofmann (1897–1973), Chefredakteur der „Aachener Volkszeitung“; vor 1933 Zentrum, 1946–1968 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU). Memoiren: Journalist in Republik, Diktatur und Besatzungszeit. Erinnerungen 1916–1947. Bearbeitet und eingeleitet von Rudolf MORSEY. Mainz 1977.

29 Dr. Gabriele Strecker (1904–1983), Ärztin; 1954–1962 MdL Hessen (CDU). – Memoiren: Überleben ist nicht genug. Frauen 1945–1950. Freiburg 1981. Vgl. Ingrid LANGER: (Hg.): Alibi Frauen? Hessische Politikerinnen III. Frankfurt/Main 1996 S. 257–322.

30 Prof. Dr. Manfred Abelein (geb. 1930), Rechtsanwalt; 1961–1965 persönlicher Referent und Leiter des Ministerbüros von Heinrich Krone, 1965–1990 MdB (CDU), seit 1969 o. Professor für Politik und Öffentliches Recht an der Universität Regensburg, 1991–1996 Vizepräsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich Ihnen sagen, daß die Sache mit Amerika noch nicht passiert war, als ich nach Paris fuhr.³¹ Ich bin nach Paris hauptsächlich gegangen wegen Verhandlungen mit dem Verlag Hachette. Ich bin von Herrn de Gaulle³² empfangen worden. Ich fand ihn in guter Verfassung, besser als ich erwartet hatte. Er hat auch aus sich heraus über die Amerikasache gesprochen, und er war der Auffassung, daß, wenn sich die Aufregung etwas gelegt hätte, man im Wege der Verhandlungen zu einer Verständigung kommen werde.

Meine Damen und Herren! Mich erfüllt mit mehr Sorge, was Sie aus Zeitungen wissen, d. h. de Gaulle ...

Meine Herren! Jetzt schreiben Sie mit! Das ist doch unmöglich, das geht nicht. Also, dann darf ich die Sitzung wohl schließen. (*Unruhe und Bewegung.* – *Kohl:* Herr Bundeskanzler! Es schreibt doch niemand mit!) Die Herren haben doch alles mitgeschrieben. (*Erhard:* Vielleicht sollten wir eine Sondersitzung dafür einberufen, wo wir besser abgeschirmt sind und wo wir gründlich darüber sprechen können. – *Kohl:* Man kann doch hier jetzt vereinbaren, daß nicht mitgeschrieben wird. Das muß doch möglich sein. Ich würde den Vorschlag unterstützen, daß wir jetzt einen kurzen Bericht hören, wenn wir schon hier sind. Wir werden nämlich zu Hause gefragt, und es sieht komisch aus, wenn wir dann sagen, wir haben nicht darüber geredet. Herr Bundeskanzler! Geben Sie bitte den Bericht. Es schreibt niemand mit.) Meine Herren! Dafür sind die Dinge zu intrikat. Die ganze Lage ist sehr kritisch. Lesen Sie die Zeitungen und streichen Sie die Hälfte davon, dann haben Sie die richtige Situation. (*Zurufe:* Berichten Sie bitte!) Nein, meine Herren, das können Sie nicht von mir verlangen. Ich habe dem Herrn Bundeskanzler darüber berichtet.³³ Lassen sie mich damit schließen, daß er gesagt hat, die Sache käme in Ordnung, aber wie, hat er mir nicht verraten.

Erhard: Meine Damen und Herren! Ich möchte auch die Sache nicht politisch ausleuchten in der letzten Konsequenz, aber ich kann doch einen kurzen Bericht über das geben, was sich in der vorigen Woche ereignet hat.

31 Adenauer hielt sich auf Einladung des Verlags Hachette (Verlags-Vertrag vom 28. November 1963, vgl. SCHWARZ S. 949 f.) anlässlich der Veröffentlichung des ersten Bandes der französischen Ausgabe seiner Erinnerungen vom 9.–11. März 1966 in Paris auf. Vgl. AAPD 1966 Nr. 67. – Zum Plan de Gaulles, Frankreich aus den militärischen Strukturen der NATO herauszulösen vgl. AAPD 1966 Nr. 48; OSTERHELD S. 292–297.

32 Charles de Gaulle (1890–1970), französischer General und Politiker; 1944–1946 Chef der provisorischen Militärregierung bzw. Ministerpräsident, 1947–1953 Vorsitzender der Sammlungsbewegung RPF, 1958–1969 Staatspräsident. Vgl. Peter SCHUNCK: Charles de Gaulle. Ein Leben für Frankreichs Größe. Berlin 1998.

33 Bei welcher Gelegenheit das Gespräch stattfand, ist nicht ermittelt. Zur Unterredung Adenauers mit de Gaulle vgl. Anm. 47.

Am Montag voriger Woche ist der amerikanische Botschafter³⁴ zum französischen Außenminister³⁵ gerufen worden und hat einen Brief in Empfang genommen an den amerikanischen Präsidenten. Darin wird im wesentlichen gesagt, es müsse die Verpflichtung aus dem Washingtoner Abkommen von 1949³⁶ voll erhalten bleiben. Frankreich möchte auch in der Allianz bleiben.

Die Entwicklung in Europa selbst sieht er nicht mehr als bedroht an; im Gegensatz zu uns. Wir haben das Deutschlandproblem. Wir müssen Europa als bedroht ansehen. Auch die Entwicklung in Frankreich selber, die Entwicklung der Force de Frappe läßt es ihm geboten erscheinen, die Integration in der NATO aufzulösen, was sein Teil, was Frankreich betrifft; d. h. also Austritt aus der SHAPE³⁷, dem Kommando in Fontainebleau, Austritt aus dem Kommando der NATO in Europamitte. Er könne es nicht mehr zulassen, daß die amerikanischen Streitkräfte in großer Zahl mit militärischem Einsatz sich auf französischem Boden befinden. Er sei aber bereit, darüber zu verhandeln.

Der amerikanische Präsident³⁸ hat mir den Brief von General de Gaulle am nächsten Tag zugeschickt. Ich habe ihn am Dienstag schon erhalten mit einem Begleitschreiben, wo er noch einmal ein Bekenntnis ablegt zur NATO, insbesondere auch zu Deutschland, das in seiner besonderen geographischen und politischen Situation ein besonderes Interesse haben müsse, die NATO aufrechtzuerhalten, ja sogar noch zu stärken.

Der amerikanische Präsident ist der Meinung – wir sollten ihm in dieser Hinsicht folgen –, daß der Schritt Frankreichs – es sind ja Briefe geschrieben worden an Johnson, an Wilson³⁹, an mich, an Saragat⁴⁰ – nicht nur zweiseitig zu behandeln ist, weil es nicht nur bilaterale Verhältnisse betrifft, auch wenn zweiseitige Verträge geschlossen

34 Charles E. Bohlen (1904–1974), amerikanischer Diplomat; 1953–1957 Botschafter in der UdSSR, 1957–1959 auf den Philippinen, 1962–1968 in Frankreich. – Vgl. AAPD 1966 Nr. 64.

35 Maurice Couve de Murville. – Der Brief datiert vom 7. März 1966, vgl. FRUS Vol. XIII Western Europe Region Nr. 137; Bericht über das Gespräch Bohlen-Couve de Murville vom 7. März 1966 Nr. 136 (Text im Internet: http://www.state.gov/www/about_state/history/vol_xiii/130.html).

36 Auf der Deutschlandkonferenz in Washington (5.–8. April 1949) hatten die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs beschlossen, die Bizone durch Fusion mit der französischen Besatzungszone zur Trizone zu erweitern, die Militärregierung zu beenden; ebenfalls wurde die endgültige Fassung des Besatzungsstatuts und die Ankurbelung der Industrieproduktion durch Reduktion des Demontageprogramms beschlossen, vgl. Hans-Georg LEHMANN: Deutschland Chronik 1945–2000. 2. überarb. und erw. Aufl. Bonn 2000 S. 25.

37 Supreme Headquarters Allied Powers Europe.

38 Lyndon B. Johnson.

39 Harold Wilson (1916–1995, seit 1983 Lord Wilson of Rievaulx), britischer Politiker (Labour); 1945–1983 Mitglied des Unterhauses, 1945–1947 Parlamentarischer Staatssekretär des Ministers für Öffentliche Arbeiten, 1947–1951 Handelsminister, 1963–1976 Vorsitzender der Labour Party, 1964–1970 und 1974–1976 Premierminister. Memoiren: *The Labour government 1964–1970. A personal record*. Harmondsworth 1974; Ben PIMLOTT: *Harold Wilson*. London 1992.

40 Giuseppe Saragat (1898–1988), italienischer Politiker (PSD); 1926–1945 Exil in Wien und Paris, 1947–1949 und 1954–1957 stv. Ministerpräsident, 1963/64 Außenminister, 1964–1971 Staatspräsident.

wurden. Politisch und militärisch ist es eine Angelegenheit der NATO. Die NATO-Partner müßten unter sich konsultieren, um aus der gegebenen Situation zu einem gemeinsamen Handeln zu gelangen.

Ich habe in dem Brief an Johnson⁴¹ geantwortet, daß ich auch der Meinung bin, daß nicht nur die deutsche Sicherheit, sondern auch die europäische Sicherheit gefährdet ist und daß wir das Bedürfnis haben, mit unseren NATO-Partnern über die Dinge zu sprechen.

Am Dienstag abend um 11.00 Uhr bekam ich dann ein Handschreiben von de Gaulle, vier Seiten lang⁴², in dem er im Grundtenor eigentlich das gleiche sagt, was bei allen Briefen interessant ist, daß er immer diesen Bezug nimmt auf die Verhältnisse in Deutschland. Ich habe schon in meiner Pressekonferenz⁴³ und nachher ganz deutlich gesagt, die Vorstellung, daß man die Integration in der NATO auflösen könnte, daß aber nur die fremden Truppen auf deutschem Boden integriert bleiben sollten, Deutschland also unter ein Sonderstatut zu stellen, ist unmöglich. Ebenso unmöglich ist es, auf ein Besatzungsstatut⁴⁴ zurückzufallen, d. h. an den Deutschlandvertrag⁴⁵ anzuknüpfen, wo die einzelnen Mächte ein originäres Recht hätten, auf deutschem Boden zu stehen. Aber das ist konsumiert durch den Beschluß in den Londoner Schlußakten.⁴⁶ In den darauffolgenden Entscheidungen des NATO-Rats ist festgelegt, daß die Alliierten – das sind die sechs EWG-Länder und auch die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Kanada – für ihre Truppen auf dem Kontinent das Prinzip der Integration anerkennen und ihre Truppen dem NATO-Kommando unterstellen. Der entscheidende und gravierende Unterschied in der Auffassung zwischen de Gaulle und uns ist der, Europa ist nicht mehr bedroht. Wir sind noch bedroht, wenn auch vielleicht nicht unmittelbar zunächst, aber wir können keine Politik machen auf kurze Sicht. Er spricht weiter, wir wollen unter Umständen nicht in einen Krieg hineingezogen werden, der seine Wurzeln nicht in Europa hat, sondern in irgendeinem Teil der Welt, aber auf Europa überschlagen könnte.

Er erwähnt dann in seinem Brief an mich auch, daß die bilateralen Abmachungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich nicht die französische Souveränität berühren, im Gegensatz zu den bilateralen Abmachungen zwischen den USA und Frankreich. Immerhin ist fraglich, ob Frankreich in einem Konfliktfall unter allen Umständen

41 Vgl. AAPD 1966 Nr. 49.

42 Vgl. HENTSCHEL S. 602; OSTERHELD S. 292 f.

43 Am 25. Februar 1966, vgl. AdG 1966 S. 12352 f.

44 Das Besatzungsstatut wurde am 21. September 1949 in Kraft gesetzt. Es endete am 5. Mai 1955. Vgl. AdG 1949 S. 2073.

45 Der Deutschlandvertrag wurde am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichnet und trat 1954 in Kraft. Er sah u. a. das Recht der Alliierten zur Truppenstationierung auf deutschem Boden vor.

46 Vom 28. September bis 3. Oktober 1954 beriet die Londoner Neunmächtekonferenz über Alternativen nach dem Scheitern des EVG-Vertrags. U. a. wurde vereinbart, daß das Besatzungsstatut sobald wie möglich aufgehoben werden sollte, die Vier Mächte aber weiterhin Truppen in der Bundesrepublik stationieren würden und die Bundesrepublik dem Nordatlantikpakt beitreten sollte, vgl. EUROPA-ARCHIV 1954 S. 6978–6987.

auf der Seite der übrigen NATO-Partner steht, oder ob unter Umständen noch andere Überlegungen angestellt werden können. Das sind alles Fragen, zu denen heute noch kein letztes Urteil gesagt werden kann, weil sie nicht allein die Bundesrepublik betreffen, sondern auch andere Länder. Es ist selbstverständlich, daß in dem Augenblick, wo wir einen Sonderstatus für französische Truppen auf deutschem Boden bewilligen würden, das gleiche Recht auch England und die Vereinigten Staaten haben wollten.

Mehr kann ich im Augenblick nicht sagen. Ich will nicht sagen, daß keine Lösung möglich wäre. Ich bin nicht so optimistisch, wie die Aussage des französischen Staatspräsidenten gegenüber Herrn Dr. Adenauer gewesen ist.⁴⁷ Die Dinge sind komplizierter, weil vor allen Dingen auch die Amerikaner sagen, die Flugzeuge, die wir auf französischem Boden stationiert haben, die Ölleitungen, die dort liegen, sind zwar bilateral ausgehandelt, aber dem Gehalt nach ist es doch ein wesentliches Element der Verteidigung Europas, und deshalb können wir nicht ohne die übrigen NATO-Partner vorgehen, wir müssen ein Einvernehmen erzielen.

Das Berlin-Problem ist unangetastet. Das wird immer wieder hervorgehoben in allen Briefen. Die Verpflichtungen zu Berlin werden unter allen Umständen erfüllt und anerkannt, auch von seiten Frankreichs, aber die Integration als Form wird abgelehnt.

Interessant ist auch, daß die Briefe de Gaulles ganz fein sichtbar moduliert sind. Der härteste Brief ist an den amerikanischen Präsidenten gerichtet; der an mich ist freundlich gehalten; der an Wilson ist herzlich gehalten; der an Saragat ist völlig neutral.⁴⁸ Man spürt ganz deutlich, daß hier noch eine ganz bewußte und gewollte Differenzierung Platz gegriffen hat. Ich habe den Brief von de Gaulle sofort beantwortet und im Hinblick auf seine Äußerungen gesagt, er könne überzeugt sein, daß wir getragen sind von dem Geiste und dem Werte der deutsch-französischen Freundschaft und daß wir in den Konsultationen, die wir vornehmen, immer das Ziel im Auge haben werden, eine für alle Beteiligten entscheidende Lösung zu finden. (*Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Jetzt kann ich die Sitzung schließen.

47 Zur Unterredung Adenauers mit de Gaulle vgl. den Bericht des Botschafters Klaiber an Außenminister Schröder vom 10. März 1966 (AAPD 1966 Nr. 67).

48 Vgl. zu den Schreiben de Gaulles vom 10. bzw. 11. März 1966 AAPD 1966 S. 291 Anm. 1 und S. 292 Anm. 10.